Deutsche Stiftung Friedensforschung
DSF
german foundation for peace research

JAHRESBERICHT 2025

4 VORWORT

5 VORSTELLUNG
5 Über die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)

6 2025 AUF EINEN BLICK

8 FÖRDERUNG
8 Förderangebote
9 Geförderte Projekte im Jahr 2025
9 Förderbereich 1: Forschungsprojekte
23 Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer
37 Förderbereich 3: Thematische Förderlinie
55 Strategietagungen

59 PUBLIKATIONEN 2025
59 Stiftungseigene Publikationen
59 Publikationen aus geförderten Forschungsprojekten
61 Tagungsberichte

62 WISSENSTRANSFER 2025
62 Parlamentarischer Abend

63 ORGANE & GREMIEN
64 Der Stiftungsrat
64 Der Vorstand
65 Der Wissenschaftliche Beirat

66 FINANZEN UND VERWALTUNG
66 Das Vermögen
67 Die Bilanz
68 Die Ertragslage
69 Bestätigungsvermerk
70 Die Geschäftsstelle
71 Die Ludwig-Quidde-Stiftung

VORWORT

2025 war für die Deutsche Stiftung Friedensforschung ein besonderes Jahr: Das Jahr unseres 25-jährigen Bestehens. Seit einem Vierteljahrhundert fördert die DSF innovative Forschungsprojekte, setzt Impulse in der Friedens- und Konfliktforschung und stärkt den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Auf das Erreichte blicken wir mit Stolz zurück – zugleich haben wir unser Jubiläum genutzt, um den Blick nach vorn zu richten und aktuelle Herausforderungen der Friedens- und Konfliktforschung zu diskutieren. Im Mittelpunkt unserer Jubiläumsveranstaltungen stand daher das Thema *„FriedensStiftung in Zeiten globaler Krisen“*. Wir danken allen, die mit uns gefeiert, diskutiert und damit zu einem gelungenen Jubiläumsjahr beigetragen haben.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein war die zum Jahresbeginn in Kraft getretene Verbesserung unserer Förderkonditionen. Dank zusätzlicher Zustiftungen aus dem Bundeshaushalt konnten die maximalen Fördersummen für Pilot- und Profilprojekte deutlich angehoben werden. Seit Mai 2025 können Anträge zu den neuen Konditionen eingereicht werden.

Im Jahr 2025 nahm die DSF insgesamt 32 vielversprechende Projekte neu in die Förderung auf und stellte dafür insgesamt 1,5 Mio. Euro bereit. Davon entfielen 368 Tsd. Euro auf die thematisch offene Forschungsförderung, 916 Tsd. Euro auf die thematische Förderlinie sowie 192 Tsd. Euro auf Projekte der Vernetzung und des Wissenstransfers. Strategietagungen, bei denen die DSF als Partnerin auftritt, wurden mit 66 Tsd. Euro gefördert.

Der Jahresbericht 2025 gibt Einblicke in diese und viele weitere Förderaktivitäten der Stiftung. Er zeigt, wie die DSF durch ihre Projektförderung, ihre Vernetzungsarbeit und den Wissenstransfer dazu beiträgt, die Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland kontinuierlich zu stärken.

Unser herzlicher Dank gilt allen, die dieses erfolgreiche Stiftungsjahr möglich gemacht haben. Besonders danken wir den ehrenamtlich tätigen Gutachter*innen, deren Engagement und wissenschaftliche Expertise für die Auswahl förderwürdiger Projekte unverzichtbar sind.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.



Prof. Dr. Malte Göttsche
Vorsitzender des Vorstands der DSF und Professor für naturwissenschaftliche Friedensforschung am PRIF Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a.M. und der Technischen Universität Darmstadt

Über die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)

Die DSF wurde im Oktober 2000 durch den Bund als Einrichtung der Forschungsförderung für die Friedens- und Konfliktforschung gegründet. Ihren Sitz hat die gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts in der Friedensstadt Osnabrück. Der satzungsmäßige Zweck besteht darin „die Friedensforschung in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Relevanz in Deutschland nachhaltig zu stärken und ihre politische sowie finanzielle Unabhängigkeit zu unterstützen".

Die DSF fördert wissenschaftliche Projekte, die sich mit Themen der Friedens- und Konfliktforschung auseinandersetzen. Sie führt keine eigenen wissenschaftlichen Untersuchungen durch. Ihre Förderangebote in den Bereichen Forschung, Vernetzung und Transfer sind auf eine aktive Weiterentwicklung des Forschungsfeldes ausgerichtet. Hierzu zählt auch die Unterstützung junger Wissenschaftler*innen sowie die Stärkung der Interdisziplinarität und Diversität. Mit fachwissenschaftlichen und öffentlichen Tagungen setzt die DSF zudem eigene Impulse zu aktuellen Themenstellungen der Friedens- und Konfliktforschung. Im Bereich des Wissenstransfers fördert sie den Austausch zwischen Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik.



Die DSF im Überblick

2025 auf einen Blick

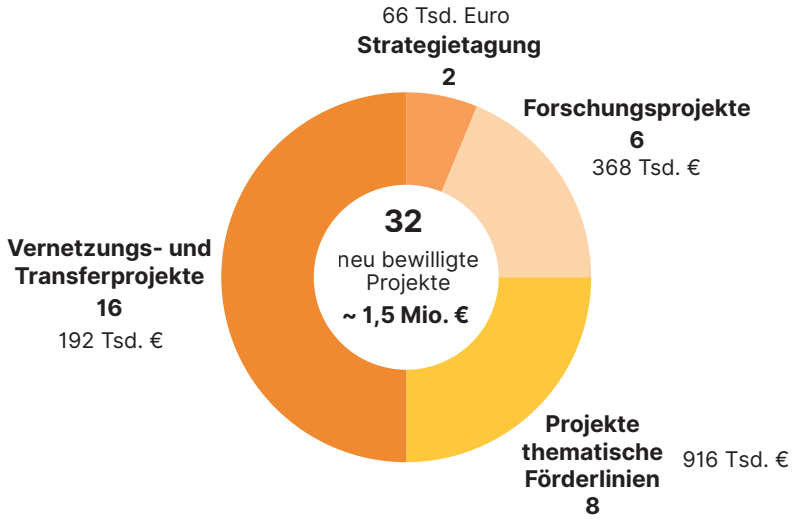
Jubiläum: 25 Jahre DSF

Die DSF feierte ihr 25-jähriges Bestehen mit Veranstaltungen unter dem Titel:

“FriedensStiftung in Zeiten globaler Krisen”

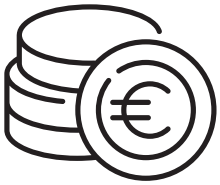
- **öffentliche Festveranstaltung,** 8. Oktober, Universität Osnabrück
- **Fachkonferenz,** 8.-9. Oktober, FaBi Osnabrück

Übersicht Projektförderung



- Insgesamt sind **56 Anträge** eingegangen mit einem Gesamtvolumen von circa **6,9 Mio. Euro**
- **19** Projekte aus vorherigen Antragsterminen liefen in 2025 weiter

Höhere Förderbudgets



Die Stiftung erhöhte zum Jahresbeginn deutlich ihre maximalen Fördersummen für Forschungsprojekte.

- Für Pilotprojekte können bis zu 75 Tsd. Euro beantragt werden, das sind 50% mehr als vorher.
- Für Profilprojekte können bis zu 190 Tsd. Euro beantragt werden, 40 Tsd. mehr als bisher.

Publikationen und Kommunikation



Tagungsberichte

9



Publikationen aus geförderten Projekten

24



Newsletter

6

Sonstige Veranstaltungen

„Global Perspectives on Peace Education”
Strategietagung, 9.-11. Juli 2025

„Weltfriedenspolitik heute?”
Jubiläumssymposium für Dieter Senghaas, 5. September 2025

„Macht und Ohnmacht von Sprache im Kontext von Massengewalt”
Podiumsdiskussion, 24. September 2025

„Sicherheit gestalten und Frieden mitdenken? Perspektiven auf eine Sicherheitspolitik im Umbruch”
Parlamentarischer Abend, 2. Dezemeber 2025

„Osteuropaforschung und die Friedens- und Konfliktforschung”
Strategietagung, 11.-12. Dezember 2025

Förderangebote

Dank zusätzlicher Zustiftungen aus dem Bundeshaushalt konnten die maximalen Fördersummen für Pilot- und Profilprojekte deutlich angehoben werden. Seit Mai 2025 können Anträge zu den neuen Konditionen eingereicht werden. Grundlage für die Förderleistungen der Stiftung ist das Förderkonzept[1] aus dem Jahr 2025. Hierin beschreibt die Stiftung ihr Selbstverständnis als Impulsgeberin für das Forschungsfeld der Friedens- und Konfliktforschung. Darüber hinaus benennt sie unter den Leitbegriffen „Forschungsinnovation, Netzwerkbildung, Wissenstransfer" die Ziele, die sie mit Ihrer Forschungsförderung erreichen will. Das Förderkonzept der Stiftung unterscheidet drei verschiedene Förderbereiche:

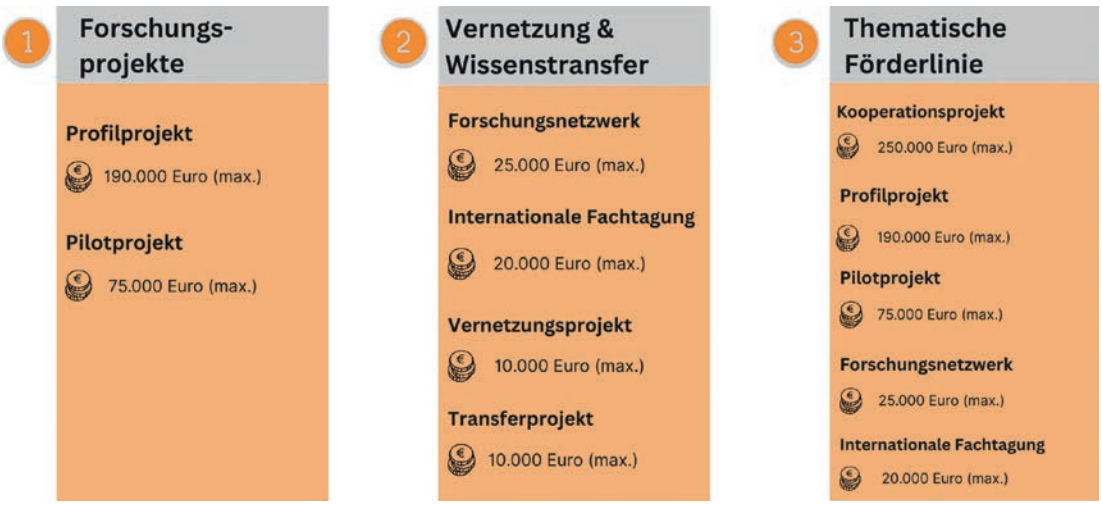
- FÖRDERBEREICH 1: FORSCHUNGSPROJEKTE
  Profilprojekte und Pilotprojekte

- FÖRDERBEREICH 2: VERNETZUNG UND WISSENSTRANSFER
  Forschungsnetzwerke, Internationale Fachtagungen, Vernetzungsprojekte und Projekte des Wissenstransfers

- FÖRDERBEREICH 3: THEMATISCHE FÖRDERLINIE
  Individuelle Auswahl an Förderformaten zu ausgewählten Themen

In den Förderbereichen 1 und 2 bietet die DSF eine **thematisch offene Forschungsförderung** an, die Antragstellungen zu innovativen Forschungsvorhaben aus verschiedenen Fachdisziplinen und Forschungsfeldern ermöglicht.

Im Förderbereich 3 setzt die Stiftung einen **thematisch abgegrenzten Förderschwerpunkt**, um neue Themenfelder für die Friedens- und Konfliktforschung zu erschließen oder bestehende Forschungsstränge weiterzuentwickeln.



Übersicht Förderkonzept

[1] Der Gesamttext des Förderkonzeptes ist auf der Homepage einsehbar – auch in englischer Sprache.

Geförderte Projekte im Jahr 2025

Die Förderleistungen der Stiftung beliefen sich 2025 auf eine Gesamtsumme von 1,542 Mio. Euro. Die folgende Übersicht zeigt die Verteilung der Fördermittel auf die Förderbereiche:

FÖRDERBEREICHE	BEWILLIGUNG
Förderbereich 1: Forschungsprojekte (inklusive Zusatzprojekte)	368 Tsd. Euro
Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer	192 Tsd. Euro
Förderbereich 3: Thematische Förderlinie	916 Tsd. Euro
Strategische Vernetzung und Transfer	66 Tsd. Euro

Tabelle 1: Verteilung nach Förderbereichen

Förderbereich 1: Forschungsprojekte

Im Jahresbericht 2025 sind alle Anträge auf Förderung von Pilot- und Profilprojekten erfasst, die zu dem festen Termin im November 2024 eingereicht und bewilligt wurden.

Insgesamt lagen der Stiftung Förderanträge mit einem Gesamtvolumen von fast 1.1 Millionen Euro zur Entscheidung vor, darunter sieben Pilotprojekte und sechs Profilprojekte. Hiervon nahm die DSF fünf Pilotprojekte und ein Profilprojekt in die Förderung auf.

PILOTPROJEKTE
Social-psychological underpinnings of support for secession in contexts previously affected by secession conflict Prof. Dr. Christopher Cohrs, Dr. Tijana Karić Zorić, Universität Marburg
Automated Data Pipelines for Real-Time Monitoring of Global Weapons Transfers Dr. Oliver Pamp, Prof. Dr. Paul W. Thurner, Ludwigs-Maximilian-Universität München
Aktuelle Dynamiken politischer Intervention ‚von Rechts'. Eine multi-lokale Untersuchung zur Jugendarbeit als Akteurin der Demokratiebildung Dr. Nils Schuhmacher, Universität Hamburg
Exploring Transnational Repression from the Perspective of Civil Society in Exile Dr. Galina Selivanova, FernUniversität in Hagen
Everyday peacescapes of Lumad Indigenous communities in north-eastern Mindanao, Philippines Dr. Bronwyn Mei Winch, Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
PROFILPROJEKT
Bewertung der Kriegsschäden und Strategie zur Wiederherstellung von Windschutzstreifen im Südosten der Ukraine Prof. Dr. Daniel Müller, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomie IAMO, Halle (Saale)

Tabelle 2: Neue Forschungsprojekte in der offenen Förderung

Die folgenden Projektzusammenfassungen geben Einblicke in die Fragestellungen, Zielsetzungen und methodischen Herangehensweisen der neu geförderten Forschungsvorhaben:[2]

[2] Die Texte wurden von den Projektnehmer*innen der Stiftung verfasst und für die Veröffentlichung im Jahresbericht bereitgestellt.

Social-Psychological Underpinnings of Support for Secession in Contexts Previously Affected by Secession Conflict

Projektleitung
Prof. Dr. Christopher Cohrs und
Dr. Tijana Karić Zorić
Institution
Philipps-Universität Marburg
Fördersumme
50 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 10 Monate

Territoriale Sezessionen – das Bestreben von Teilregionen, sich von einem bestehenden Staat loszulösen und eine neue souveräne Einheit zu bilden – bergen weltweit ein erhebliches Konfliktpotential. Während die Politikwissenschaft Sezessionsprozesse primär unter institutionellen, demokratischen oder ökonomischen Gesichtspunkten analysiert hat, fehlte bislang eine dezidiert sozialpsychologische Perspektive auf die individuellen und kollektiven Triebkräfte, die zur Unterstützung solcher Bestrebungen in der Bevölkerung führen.

Das Pilotprojekt „Social-psychological underpinnings of support for secession in contexts previously affected by secession conflict" adressiert diese Lücke. Die zentrale Forschungsfrage lautet: Wie bestimmen sozialpsychologische Mechanismen – insbesondere soziale Identitäten, wahrgenommene Bedrohungen und kollektive Deprivation – die Unterstützung für Sezession in Gesellschaften, die bereits durch vergangene Sezessionskonflikte geprägt sind? Das Projekt nimmt zwei spezifische europäische Kontexte in den Blick: die Republika Srpska (Bosnien und Herzegowina) und das Baskenland (Spanien).

Die Originalität des Projekts liegt in der Kombination klassischer politikwissenschaftlicher Erklärungsansätze (wie relative Benachteiligung) mit psychologischen Variablen wie Identität und Bedrohungswahrnehmung. Während viele Sezessionsbewegungen auf Identitätspolitik basieren, ist wenig darüber bekannt, wie die Stärke und Komplexität ethnischer und nationaler Identifikationsmuster (z. B. als Serben/ Bask*innen und als Bürger*innen von Bosnien-Herzegowina/ Spanien) die Bereitschaft zur Veränderung des Status Quo beeinflussen. Darüber hinaus fehlen in der Literatur noch immer sozialpsychologische Erklärungen für die Rolle kultureller und wirtschaftlicher Bedrohungswahrnehmungen bei der Unterstützung von Unabhängigkeitsbestrebungen.

Ein besonders innovativer Detailaspekt des Projekts ist die Untersuchung von Unentbehrlichkeits-Metawahrnehmungen (indispensability meta-perceptions). Hierbei wird analysiert, wie Mitglieder einer Minderheit wahrnehmen, für wie wichtig (oder verzichtbar) sie von der Mehrheitsgesellschaft für das Gesamtgefüge des Staates gehalten werden – sei es kulturell oder funktional-ökonomisch.

Das auf zehn Monate angelegte Forschungsprojekt verfolgt einen komparativen, quantitativen Ansatz. Der Forschungsprozess gliedert sich in mehrere Phasen, in deren Rahmen breit angelegte Befragungen in beiden Regionen durchgeführt werden. Dabei kommen differenzierte Messinstrumente zum Einsatz, um die nationale und ethnische Identität, kollektive relative Deprivation, die Wahrnehmung kultureller und wirtschaftlicher Bedrohungen sowie Metawahrnehmungen der Unverzichtbarkeit zu erfassen. Ein zentrales Element der Studie ist ein personenzentrierter Ansatz mittels latenter Profilanalyse (LPA). Anstatt die Teilnehmenden in starre Kategorien zu unterteilen, ermöglicht diese Methode die Identifikation empirisch gewonnener Identitätsmuster. So lässt sich deren spezifischer Einfluss auf die Befürwortung von Sezession präziser und realitätsnäher bestimmen. Das theoretische Modell prüft dabei zwei Hauptpfade zur Unterstützung von Sezessions-

bestrebungen: einen identitätsbasierten Pfad, der über die Wahrnehmung kultureller Bedrohung führt, sowie einen auf Unzufriedenheit basierenden Pfad (grievance-based path), der über die Wahrnehmung wirtschaftlicher Bedrohung verläuft. Darüber hinaus wird untersucht, inwieweit die Unterstützung für gewaltfreie gegenüber gewaltsamen Mitteln zur Erreichung der Unabhängigkeit variiert.

Angesichts aktueller globaler Desintegrationstendenzen (z.B. Brexit, Katalonien) besitzt das Verständnis dieser Prozesse hohe friedenspolitische Relevanz, um Eskalationspotentiale frühzeitig zu erkennen und präventive Strategien zur Konfliktreduktion zu entwickeln. Dieses Projekt leistet bedeutende Beiträge sowohl für die Wissenschaft als auch für die Politik, indem es eine kritische Lücke in der sozialpsychologischen Forschung zu territorialer Sezession schließt – einem Feld, das traditionell von der Politikwissenschaft dominiert wird. In wissenschaftlicher Hinsicht bringt es die Disziplin voran, indem es identitätsbasierte und auf Unzufriedenheit basierende Theorien (identity-based and grievance-based theories) in einem umfassenden Modell integriert. Das Projekt führt zudem das neuartige Konzept der Metawahrnehmungen der Unverzichtbarkeit in die Untersuchung von Sezessionsdynamiken ein. Aus politischer Perspektive liefert das Projekt wichtige Erkenntnisse für die Konfliktprävention und Friedensintervention, indem es die sozialpsychologischen Mechanismen identifiziert, die zur Unterstützung von Sezessionsbestrebungen führen. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Untersuchung jener Faktoren, welche die Befürwortung gewaltfreier gegenüber gewaltsamen Mitteln zur Erreichung der Unabhängigkeit beeinflussen. Diese Ergebnisse bieten politischen Verantwortlichen und internationalen Akteuren evidenzbasiertes Wissen, um Territorialpolitik besser zu gestalten und das Potenzial für gewaltsame Eskalationen in Post-Konflikt-Regionen zu verringern.

Automated Data Pipelines for Real-Time Monitoring of Global Weapons Transfers

Projektleitung
Dr. Oliver Pamp und
Prof. Dr. Paul W. Thurner
Institution
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München
Fördersumme
42,165 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

Der internationale Waffenhandel wirkt sich entscheidend auf die globale Sicherheit aus. Insbesondere die legale und illegale Weitergabe von Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW – Small Arms and Light Weapons) an staatliche und nicht-staatliche Akteure – wie etwa Rebellengruppen oder Milizen – beeinflusst maßgeblich die Eskalation oder Deeskalation von Konflikten. Eine systematische Überwachung dieser Waffenströme ist daher für effektive Rüstungskontrollmaßnahmen und die Konfliktprävention unerlässlich. Dennoch steht die Forschung vor einem gravierenden Problem: Es gibt derzeit keine aktuellen und umfassenden Datensätze zu weltweiten SALW-Transfers. Frühere systematische Initiativen, wie die *Norwegian Initiative on Small Arms Transfers (NISAT)*, mussten 2017 eingestellt werden, und auch das US State Department beendete 2021 seine Datensammlung *World Military Expenditures and Arms Transfers (WMEAT)*. Andere Quellen wie die UN Comtrade-Datenbank leiden stark unter mangelnder Berichterstattung der Staaten. Zwar bietet das *Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)* den anerkannten „Goldstandard" für Daten zu großen konventionellen Waffen (MCW), jedoch erfolgt diese Erfassung manuell, ist extrem arbeits- sowie kostenintensiv und wird lediglich jährlich aktualisiert.

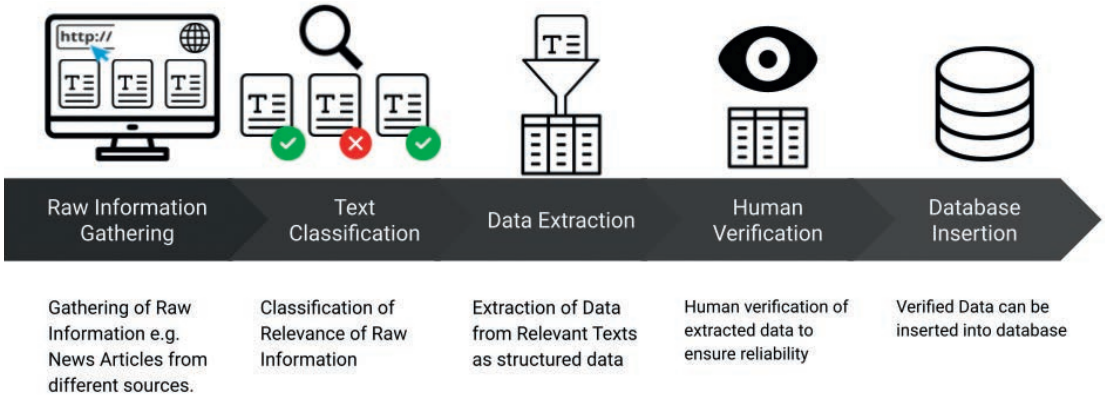
Vor diesem Hintergrund widmet sich das Pilotprojekt der drängenden Frage, wie sich globale Waffentransfers durch den Einsatz moderner Data Science-Methoden in Echtzeit effizient, kontinuierlich und ressourcenschonend erfassen lassen. Das Projekt reagiert auf diesen sicherheitspolitischen Bedarf mit einem völlig neuartigen Ansatz: Es stellt die erste Machbarkeitsstudie zur Entwicklung automatisierter Datenpipelines für globale Rüstungstransfers dar. Die Originalität liegt in der Abkehr von der fehleranfälligen und aufwendigen manuellen Datenerhebung hin zu einem System, das Echtzeit-Monitoring ermöglicht. Theoretisch erweitert das Projekt zudem den Fokus der bisherigen Konfliktforschung: Anstatt primär die direkten Folgen von Waffenlieferungen zu betrachten, rücken die strategischen Entscheidungen der Beschaffung in den Mittelpunkt – Wer liefert was, wann und wohin? Dies erlaubt es, latente Hierarchien und Netzwerkstrukturen globaler Waffenmärkte präziser aufzudecken und Abhängigkeiten zu kartieren.

Um diese Vision technisch umzusetzen, kooperiert das Forschungsteam des Geschwister-Scholl-Instituts für Politikwissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München eng mit SIPRI und dem Munich Data Science Hub. In der zwölfmonatigen Pilotphase werden Datenpipelines entwickelt, die systematisch das Internet nach relevanten Quellen durchsuchen. Das System integriert dabei sowohl strukturierte Datenbanken wie UN Comtrade oder offizielle Regierungsdokumente als auch riesige Mengen unstrukturierter Textkorpora aus Medienberichten und Publikationen. Zum Einsatz kommen modernste Verfahren des maschinellen Lernens und große Sprachmodelle (Large Language Models). Mithilfe von Natural Language Processing (NLP) und speziell trainierter Named Entity Recognition (NER) analysiert das System Texte mehrsprachig, um involvierte Akteure, Waffentypen und Quantitäten zu identifizieren. Diese

gestreamten Rohdaten werden anschließend in eine standardisierte Datenstruktur transformiert. Da die Klassifikation und Bewertung von Rüstungsquellen höchstes Fachwissen erfordert, ist der Data-Engineering-Prozess teilautomatisiert konzipiert: Algorithmen übernehmen die massenhafte Datensammlung und Vorstrukturierung, während Domänenexperten die Qualitätssicherung und finale Einordnung verantworten.

Die erfolgreiche Implementierung dieser automatisierten Pipelines verspricht, die künftige Überwachung globaler Waffentransfers fundamental zu verbessern und zu transformieren. Durch die kontinuierliche Einbindung neuer Datenquellen und Echtzeit-Datenströme ergeben sich nie dagewesene forensische Möglichkeiten, um auch illegale Waffenlieferungen und Schmuggelnetzwerke besser aufzudecken. Die Erkenntnisse und entwickelten Technologien der Machbarkeitsstudie bilden das Fundament für den zukünftigen Aufbau einer neuartigen, zeitlich und räumlich hochauflösenden Forschungsdateninfrastruktur, von der die internationale Forschungsgemeinschaft und relevante Organisationen langfristig profitieren können. Diese Echtzeit-Daten bergen ein enormes Potenzial für die politische Praxis: Sie können Konfliktprognosemodelle maßgeblich verbessern, die Entwicklung von Frühwarnsystemen bei ungewöhnlichen Schwankungen in Waffenströmen ermöglichen und evidenzbasierte politische Entscheidungen in der Rüstungskontrolle sowie die internationale Zusammenarbeit nachhaltig stärken.

© PROJEKTTEAM/ LMU MÜNCHEN



Schematische Darstellung der automatisierten Datenpipeline: Von der KI-gestützten Datensammlung und Extraktion bis hin zur finalen Überprüfung durch Domänenexperten.

Aktuelle Dynamiken politischer Intervention ‚von Rechts'. Eine multi-lokale Untersuchung zur Jugendarbeit als Akteurin der Demokratiebildung

Projektleitung
Dr. Nils Schuhmacher
Institution
Universität Hamburg
Fördersumme
47,244 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 7 Monate

Konzeptionen der Jugend-, Kultur- und Bildungsarbeit sind potenziell immer Gegenstand von Kontroversen, da in diesem Feld unterschiedliche, und zum Teil inkompatible, Logiken und Zielsetzungen von Verwaltung, Politik und Fachpraxis aufeinandertreffen. Dies gilt umso mehr, wo die Fachpraxis parteilich arbeitet, politisch aneckt, vermeintlich ‚falsche' Arbeit mit ‚falschen' Zielgruppen betreibt oder im Kontext von Austeritätspolitik ihre Finanzierbarkeit zur Diskussion steht.

Mit dem kometenhaften Aufstieg einer parteipolitischen Kraft rechts der bürgerlich-konservativen Rechten seit 2014 haben sich diese Konflikte verschärft und in ihrer Form auch verändert. Die thematischen Schwerpunkte und Zielrichtungen ‚rechter Interventionen' sind wissenschaftlich mittlerweile weithin erforscht. Man weiß um ihren besonderen aggressiv-destruktiven Stil, um die dahinterstehenden fundamentalen gesellschaftlichen und kulturellen Neuordnungsansprüche sowie die vielerorts existenzgefährdenden Effekte. Zugleich steckt in der Fokussierung auf ‚rechte Interventionen' eine doppelte Verkürzung. Zum einen bleibt ‚rechts' ein unscharfer Sammelbegriff, der fortwährend die Notwendigkeit aufzeigt, Außengrenzen und innere Differenzen des entsprechenden politischen Lagers theoretisch und empirisch zu bestimmen. Zum anderen greift die alleinige Konzentration auf ‚Interventionen' zu kurz, da deren Resultate und Effekte nicht einfach dem Willen der Initiatoren folgen, sondern sich unter lokalraumspezifischen Bedingungen aus dem alltäglichen Zusammenspiel mit anderen politischen und administrativen Akteur*innen ergeben.

Diesen beiden Prämissen folgt das Projekt und geht damit über die Fokussetzungen aktueller Forschung zu politischen Interventionen hinaus. Exemplarisch am Arbeitsfeld der Jugendarbeit als einem zentralen Bereich politischer und demokratischer Bildung untersucht es Interaktionen zwischen politischen Akteur*innen, Behörden, Verwaltungen und Fachpraxis, um erste Kenntnisse über Bedingungen, Verläufe, Dynamiken und Folgen der Konflikte sowie über die Gestaltung und Verteidigung demokratischer Räume und Kultur zu erlangen. Da lokalräumliche Typiken diese Konstellationen prägen, besitzt das Projekt eine multilokale Anlage, die erste komparative Befunde ermöglicht.

Umgesetzt wurde die Studie zwischen April 2025 und März 2026 in acht bundesdeutschen Lokalräumen. Dabei handelt es sich um Mittel- und Kleinstädte, Bezirke von Großstädten sowie Landkreise in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Die Untersuchung basiert auf einem qualitativen Methodenmix aus (knapp 50) teilstrukturierten Interviews sowie weiteren Hintergrundgesprächen mit Lokalpolitiker*innen aus der Jugendpolitik, Akteur*innen aus Behörden und Verwaltung im Bereich der Jugendhilfeplanung sowie ausgewählten Personen aus der Fachpraxis, (rd. 20) *Beobachtungen* in Lokalparlamenten, Jugendhilfeausschüssen und anderen Gremien sowie *Dokumentenanalysen*.

Am Material werden drei Fragen untersucht:

1) Welche Konstellationen und Dynamiken von politischer Intervention und Steuerung lassen sich in den untersuchten Lokalräumen erkennen?

2) Welche *Skripte des Normalen*, welche politischen, diskursiven und förderungspraktischen Veränderungen und Beharrungen, zeichnen sich in den Lokalräumen in Bezug auf Jugend(arbeits)politik ab?

3) Welche ersten Hinweise lassen sich finden, um lokale Unterschiede in den Positionierungen und Vorgehensweisen der Beteiligten aus Politik und Verwaltung zu erklären?

In der Perspektive auf die Frage, wie sich in spezifischen Räumen und Feldern Vorstellungen des ‚Normalen' verändern und etablieren, schafft das Projekt eine erste theoretische Grundlage für ein geplantes Anschlussprojekt, welches sich vertiefend mit Konflikten um jugendpolitische Normalität beispielhaft anhand von zwei bis drei Kommunen beschäftigen soll.

Das Projekt versteht sich als öffentlichkeits- und anwendungsorientiert. Es will Veränderungen jugendpolitischer Strategien und Realitäten im Kontext autoritaristischer gesellschaftlicher Entwicklungen erfassen, Bedarfe nach veränderten Konzeptionen demokratischer Jugendarbeitspolitik identifizieren und die Erkenntnisse zur Diskussion stellen. Dementsprechend wurden Zwischenstände von Beginn an auf unterschiedlichen Fachveranstaltungen präsentiert. Zu den bereits durchgeführten 20 Veranstaltungen kommen mit Projektende weitere hinzu, die sich gezielt u.a. an Verwaltungsmitarbeiter*innen und (parteipolitische) Akteur*innen in Jugendhilfeausschüssen richten. Auf Grundlage der Befunde wurde zudem ein webbasiertes Tool für diese beiden Gruppen sowie die Fachpraxis entwickelt, das als Reflexionshilfe für die Auseinandersetzung mit politischen Interventionen und der (lokalen) politischen Kultur dient und darüber Initiationsmomente für konzeptionellen Austausch bietet.

Im Sinne der Wissenschafts-Praxis-Transformation ist das Projekt kooperativ verbunden mit den Fachorganisationen ‚Bundesarbeitsgemeinschaft Offene Kinder- und Jugendarbeit', ‚Arbeitsgemeinschaft Jugendfreizeitstätten Sachsen' und ‚Fachverband Jugendarbeit/Jugendsozialarbeit Brandenburg'. Im Sinne der interdisziplinären Anlage und der Nachwuchsförderung besteht das Projektteam aus insges. acht Wissenschaftler*innen der Sozial- und Erziehungswissenschaften von sechs deutschen Hochschulen.

Exploring Transnational Repression from the Perspective of Civil Society in Exile

Projektleitung
Dr. Galina Selivanova
Institution
Institut für Politikwissenschaft,
FernUniversität in Hagen
Fördersumme
49,950 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

Das Phänomen der transnationalen Repression hat sich in den letzten Jahren zu einem zentralen Forschungsfeld entwickelt. Angesichts des weltweiten democratic backsliding steht die Frage im Fokus, mit welchen Mitteln Regime Kontrolle über ihre Staatsgrenzen hinaus ausüben und oppositionelle Stimmen im Ausland unterdrücken. Infolge innenpolitischer Repression sind immer mehr Journalist*innen, Oppositionsakteur*innen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen ins Exil gezwungen. Zwar kann ihre Ausreise den innenpolitischen Druck kurzfristig mindern, doch bleiben Exilierte als kritische Akteure wirksam, indem sie die Legitimität autoritärer Machthaber infrage stellen oder transnationale Unterstützung mobilisieren. Vor diesem Hintergrund erweitern autokratische Staaten ihren Werkzeugkasten zunehmend, um Kritiker*innen auch außerhalb ihrer Grenzen zu verfolgen. Diese transnationalen Repressionen bedrohen nicht nur das Leben und die Mobilisierung der Exilierten, sondern haben auch direkte Auswirkungen auf die Politik und die Sicherheit der Aufnahmeländer* Sie bringen Gewalt in die Aufnahmegesellschaften, verstärken gesellschaftliche Polarisierungen, führen zu einer zunehmenden Sekuritisierung von Migration, erzeugen diplomatische Spannungen und schränken die politische Partizipation von Diaspora-Communities ein.

Obwohl die Forschung zum Thema transnationale Repression in den letzten zehn Jahren stark gewachsen ist, konzentriert sie sich jedoch überwiegend auf die „Top-down"-Perspektive staatlichen Handelns. Dadurch bleibt weitgehend offen, welche Praktiken Exilierte selbst als bedrohlich erleben und wie diese Erfahrungen ihren Alltag und ihre politischen Strategien prägen. Dieses Pilotprojekt hat sich zum Ziel gesetzt, diese Forschungslücke zu schließen und die Perspektive Betroffener systematisch zu erfassen.

Mit einem akteurszentrierten Ansatz zielt das Projekt darauf ab, das Repertoire transnationaler Repression „von unten" zu dokumentieren und zu untersuchen, inwiefern sich durch solche Praktiken der Aktivismus im Exil verändert. Zentral sind dabei die folgenden Leitfragen: Wie erleben Aktivist*innen im Exil transnationale Repression und welche individuellen und kollektiven Strategien wenden sie an, um sich dagegen zu schützen? Das Pilotprojekt konkretisiert, welche Formen der „Bedrohung" verschiedene Akteur*innen wahrnehmen, und vergleicht dabei systematisch organisatorische und individuelle Reaktionen, Bewältigungsmechanismen sowie die kollektive Resilienz russischsprachiger zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Exil. Methodisch erlaubt dieser Fokus, Unterschiede in den Handlungslogiken und Entscheidungsprozessen zwischen einzelnen Aktivist*innen und formalen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu identifizieren.

Außerdem untersucht das Projekt, wie der politische Kontext der Aufnahmeländer diese Wahrnehmungen und Strategien beeinflusst. Durch einen Vergleich konsolidierter Demokratien (z. B. Deutschland, Frankreich) mit Ländern, die historisch engere Beziehungen zu Russland haben und politisch weniger stabil sind (z. B. Georgien, Armenien), wird geprüft, wie Aufnahmekontexte die Risikowahrnehmung, die

Mobilisierungs- und Aktivismusmöglichkeiten sowie die Schutz- und Unsicherheitslagen beeinflussen.

Das Projekt verfolgt einen qualitativen Ansatz, bei dem Dokumentenanalyse und halbstrukturierte Interviews kombiniert werden, um sowohl die öffentlichen Darstellungen und Diskussionen als auch die subjektiven Erfahrungen transnationaler Repression zu erfassen. Als zentrale empirische Erhebungsmethode werden halbstrukturierte Interviews mit gezielt ausgewählten Personen sowie mit Vertreter*innen relevanter Organisationen durchgeführt. Für die Analyse wird eine, systematische Kodierstrategie genutzt, die theoriegeleitete Kategorien zu transnationaler Repression und internationalem Autoritarismus mit induktiven, aus den Interviews gewonnenen Einsichten verbindet. So lassen sich sowohl kontextbezogene Besonderheiten herausarbeiten als auch vergleichende Analysen zwischen verschiedenen Aufnahmekontexten durchführen. Die gewählte Methodik ermöglicht außerdem, die zeitliche Entwicklung repressiver Praktiken und Gegenstrategien nachzuzeichnen sowie Wirkungen auf individuellen und organisationalen Ebenen zu untersuchen.

Die Erfahrungen der russischen Zivilgesellschaft im Exil können als Indikatoren für allgemeine Trends transnationaler Repression und internationalem Autoritarismus dienen. Das Projekt rückt die Perspektiven der direkt Betroffenen in den Mittelpunkt. Dadurch werden Muster sichtbar, die es erlauben, Schwachstellen in der Migrations- und Aufenthaltsverwaltung aufzudecken. Auf dieser Grundlage können Aufnahmestaaten gezielte Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Gruppen entwickeln. Darüber hinaus ermöglicht das Forschungsvorhaben die Entwicklung abgestimmter außen- und innenpolitischer Strategien, um extraterritoriale Repression wirksam einzudämmen, ohne Diaspora- oder Exilgemeinschaften zu stigmatisieren.

Everyday Peacescapes of Lumad Indigenous Communities in North-Eastern Mindanao, Philippines

Projektleitung
Dr. Bronwyn Mei Winch
Institution
Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
Fördersumme
47,580 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 13 Monate

Mindanao ist seit Jahrzehnten von anhaltenden Konflikten geprägt, doch die Aufmerksamkeit richtete sich bislang vor allem auf die Bangsamoro Autonomous Region of Muslim Mindanao und religiös motivierten gewaltsamen Extremismus. Im Vergleich dazu dauert der kommunistische Aufstand – der seit den 1960er Jahren im gesamten philippinischen Archipel aktiv ist und in Mindanao langjährige Fronten unterhält – zwar bis heute an, erhält jedoch weitgehend nicht mehr die (internationale) Aufmerksamkeit, die er verdient.

Indigene Gemeinschaften auf der gesamten Insel sind häufig in unverhältnismäßiger Weise von dem bewaffneten Konflikt betroffen und werden in ihn hineingezogen. Sie tragen nicht nur die Hauptlast der Militarisierung, sondern ihre angestammten Gebiete und Lebensgrundlagen werden zunehmend durch extraktive Industrien und die weitreichenden Auswirkungen der Rohstoffgewinnung, insbesondere des Bergbaus, bedroht. Diese Belastungen überschneiden sich mit sozioökonomischen und politischen Dynamiken innerhalb und zwischen Gemeinschaften – und können diese zusätzlich verschärfen – darunter lokale Konflikte, Clanfehden und generationenübergreifende Bedenken. Vor dem Hintergrund dieser Belastungen und fortlaufenden Bemühungen um den Erhalt indigener Wissenssysteme und Praktiken untersucht das Projekt die alltagsbezogenen Dimensionen von Frieden unter Bedingungen von Konflikt und Marginalisierung.

Dieses Projekt entwickelt den konzeptionellen und analytischen Rahmen von 'peacescapes' und nimmt dabei eine vernakulare Perspektive ein, um Frieden so zu untersuchen, wie er im Alltag der Menschen sowie in ihren Zukunftsvorstellungen imaginiert und praktiziert wird. Mit besonderer Aufmerksamkeit für kulturelle, kosmo-spirituelle und öko-relationale Dimensionen orientiert sich das Projekt an drei Leitfragen:

- Was sind lokale Konzepte und Praktiken des Friedens? Und wie werden sie im Zuge breiterer sozialer Wandlungsprozesse fortlaufend (neu)geformt, ausgehandelt, herausgefordert und umkämpft?

- Wie und in welchem Ausmaß begründen indigene Wissenssysteme und Praktiken Dimensionen und Praktiken des Friedens?

- In welcher Weise sind alltägliche Friedens- und Sicherheitspraktiken wechselseitig konstitutiv, und wie werden alltägliche Sicherheitspraktiken eingesetzt, um sowohl mit den Realitäten einer marginalisierten Gruppe als auch mit bewaffnetem Konflikt umzugehen?

Neben gemeinschaftszentrierten Peacebuilding-Bemühungen zivilgesellschaftlicher Organisationen in Mindanao gibt es eine reichhaltige Literatur – insbesondere von philippinischen und mindanaonischen Wissenschaftler*innen – zu kulturellen Praktiken und Glaubensvorstellungen der Lumad, einschließlich Konfliktlösung. Dennoch besteht weiterhin erheblicher Spielraum dafür, dass die Friedensforschung sich vertiefter und interdisziplinärer mit diesen komplementären Feldern von Forschung und Praxis auseinandersetzt. Zugleich ist das etablierte Konzept und die analytische Perspektive

des "everyday peace" im Kontext Mindanaos bislang nur vergleichsweise wenig untersucht worden. Das Projekt rückt daher die Mikroebene des Alltagslebens und sozialer Beziehungen in den Vordergrund und berücksichtigt zugleich das Zusammenspiel von hochintensivem bewaffnetem Konflikt und weniger intensiven kommunalen Konflikten.

Das Projekt umfasst Partnerschaften mit einer mindanaonischen Universität und einer lokalen zivilgesellschaftlichen Peacebuilding-Organisation. Diese Kooperationen beruhen auf einem Ansatz gemeinsamen Lernens zwischen akademischer Forschung und Peacebuilding-Praxis, mit dem Ziel, empirische, konzeptionelle und praktische Beiträge zu leisten. Über Beiträge zu Debatten über everyday peace und den "local turn" in der Friedensforschung hinaus wird die Partnerschaft mit der Universität kritische Reflexionen zu dekolonisierenden Methodologien und Forschungspraxen fördern, während die Partnerschaft mit der zivilgesellschaftlichen Organisation eine Programmevaluation umfasst, um die Arbeit der Organisation in der Programmumsetzung, in Community-Interventionen und in der politischen Interessenvertretung zu unterstützen. Auf diese Weise zielt das Projekt nicht nur darauf ab, akademisches Wissen zu produzieren, sondern auch praxisbasiertes Lernen und gemeinschaftsnahe Formen der Forschung zu stärken.

Das Projekt verfolgt ein ethnografisch informiertes und partizipatives Forschungsdesign. Über mehrere Monate hinweg wird Feldforschung durchgeführt, die narrative Interviews, Transect Walks, Fokusgruppendiskussionen, von der zivilgesellschaftlichen Partnerorganisation moderierte Community Peace Conversations sowie ein Storytelling-basiertes Evaluationsmodell umfasst. Zu den zentralen Ergebnissen gehören ein peer-reviewter Zeitschriftenaufsatz, ein Evaluationsbericht sowie ein gemeinsamer Workshop zur Stärkung der Verbindungen zwischen Forschung, Praxis und basisnaher Interessenvertretung bei der Entwicklung gemeinschaftsgetragener Friedensprojekte.

© DR. BRONWYN MEI WINCH



Bewertung der Kriegsschäden und Strategie zur Wiederherstellung von Windschutzstreifen im Südosten der Ukraine (ReGreen-UA)

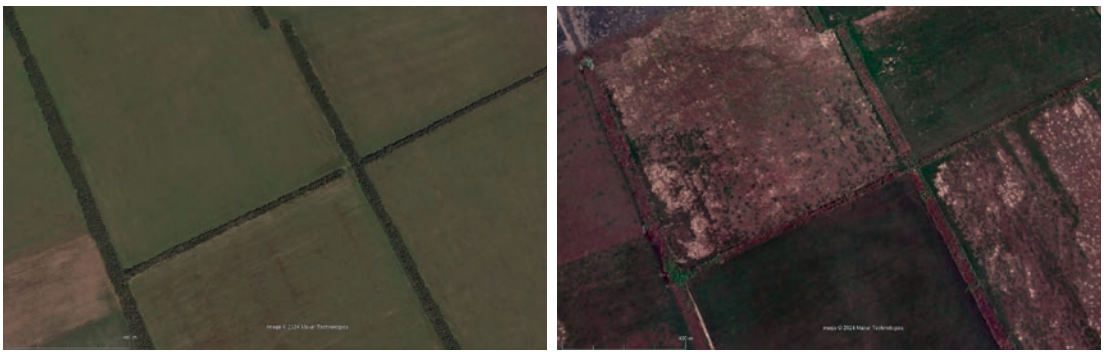
Projektleitung
Prof. Dr. Daniel Müller
Institution
Leibniz Institute of Agricultural Development in Transition Economies (IAMO), Halle (Saale)
Fördersumme
148,660 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

In der Ukraine wurde während der Sowjetzeit ein ausgedehntes Netz aus Windschutzstreifen aus Baumreihen angelegt, um Felder vor Winderosion zu schützen und damit Bodenerosion und Nährstoffverarmung zu reduzieren. Diese Windschutzstreifen bieten zusätzliche wichtige Ökosystemfunktionen und -dienstleistungen, darunter Schneerückhalt, Verringerung des Wasserverlusts durch Verdunstung, Kohlenstoffspeicherung sowie Förderung der biologischen Vielfalt. Viele Windschutzstreifen wurden im Laufe des Krieges in der Ukraine, der durch die russische Invasion 2022 ausgelöst wurde, erheblich beschädigt. Weil die Windschutzstreifen in umkämpften Gebieten den Truppen und Militärfahrzeugen Deckung bieten, sind sie intensiven Beschuss und Bombardierungen ausgesetzt. Einige Windschutzstreifen wurden zum Schauplatz heftiger Kämpfe, was zu ihrer vollständigen Zerstörung führte, während andere durch Beschuss, Bombardierungen und darauffolgende Brände sowie durch den Bau von Befestigungsanlagen mit begleitender Rodung unterschiedlich stark beschädigt wurden.

Während mehrere Studien die gesellschaftlichen und ökologischen Schäden des Krieges in der Ukraine bewertet haben, fanden die Schäden an den Windschutzstreifen bisher wenig Aufmerksamkeit. In diesem Projekt wird eine umfassende Bestandsaufnahme dieser Windschutzstreifen mittels Satellitenfernerkundung durchgeführt und digitale Karten erstellt, die den Umfang und den Zustand der Windschutzstreifen in den sechs direkt vom Krieg betroffenen Provinzen im Südosten der Ukraine für jedes Jahr von 2018 bis 2025 darstellen. Diese Daten werden verwendet, um die durch den Krieg verursachten Schäden an den Windschutzstreifen zu quantifizieren und Veränderungen in ihren Ökosystemfunktionen und -dienstleistungen zu bewerten. Anschließend wird das Projekt Vorschläge zur Wiederherstellung der beschädigten Windschutzstreifen erarbeiten.

Das Projektteam wird eng mit ukrainischen Partnern zusammenarbeiten, um lokales Fachwissen zu sammeln und die Forschungsergebnisse auszutauschen. Aufgrund der Einschränkungen

© 2024, MAXAR TECHNOLOGIES



Windschutzstreifen im Gebiet Donezk: vor (links) und nach (rechts) dem Kriegsbeginn.

bei der Feldarbeit in Gebieten, in denen noch Kampfhandlungen stattfinden, werden mittel- und hochauflösende Satellitenbilder als primäre Datenquellen verwendet und mithilfe von Methoden des maschinellen Lernens klassifiziert. Die Analyse der Vegetationsindizes dieser Windschutzstreifen ermöglicht es, das Ausmaß, die Schwere und die Art (mechanisch oder durch Brand) der kriegsbedingten Schäden aufzudecken. In einem nächsten Schritt werden die Auswirkungen der Schäden an den Windschutzstreifen auf die Ernteerträge und die Biodiversität analysiert, um qualifizierte Aussagen für deren Wiederherstellung und Verbesserung nach dem Kriegsende zu formulieren.

Förderbereich 2: Vernetzung und Wissenstransfer

Im Förderbereich 2 bietet die DSF kleinere Förderformate an, mit denen sie gezielt Vorhaben zur Vernetzung in der Friedens- und Konfliktforschung sowie mit angrenzenden Forschungsgebieten unterstützt. Auch die internationale und interdisziplinäre Zusammenarbeit soll hierdurch gestärkt werden. Darüber hinaus stellt die DSF-Fördermittel für Projekte bereit, die Forschungsergebnisse für den Wissenstransfer in unterschiedliche Praxisfelder aufbereiten. Sie sollen für die Politikberatung, den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren oder auch für die öffentliche Information zugänglich gemacht werden. Hierunter fällt auch die Förderung des jährlich erscheinenden Friedensgutachtens, das eine breite Aufmerksamkeit in Politik und Öffentlichkeit erhält.

Im Jahr 2025 erhielt die Stiftung 17 Anträge auf Projektförderung mit einem Volumen von 208 Tsd. Euro. Davon konnte die Stiftung 16 Vorhaben in die Förderung aufnehmen, die in der folgenden Tabelle aufgelistet sind.

VERNETZUNGSPROJEKTE
Chemnitz, 26. bis 28. Juni 2025 **Broadening the Scope: Intersectionality in Social Psychological Research Outside the U.S. Context** Prof. Dr. Frank Asbrock, Technische Universität Chemnitz
Aachen, 04. bis 06. Juni 2025 **„Nie wieder Krieg ?!" – Potentiale und Grenzen des Pazifismus in Geschichte und Gegenwart. Vernetzungen zwischen Wissenschaft und Praxis** Dr. Benedikt Brunner, Dr. Sarah Jäger, Friedrich-Schiller-Universität Jena
Oświęcim (Polen), 28. November 2025 **Music, Violence, Memory in Auschwitz-Birkenau: Memory Project** Prof. Dr. Anno Mungen, Forschungsinstitut für Musiktheater, Universität Bayreuth
Hiroshima (Japan), 01. bis 05. November 2025 **63rd Pugwash Conferences on Science and World Affairs** Prof. Dr. Götz Neuneck, Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. VDW (Deutsche Pugwash-Gruppe)
Berlin, 13. bis 14. November 2025 **Wissenstransfer zum Thema Frieden und Sicherheit in Zeiten der Künstlichen Intelligenz** Prof. Dr. Götz Neuneck, Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V. VDW
Landau, 19. bis 21. März 2025 **Zwischen Fake News, Demokratiefeindlichkeit und Wissenschaftsskepsis: Welche Konzepte und Praxis braucht die Friedens- und Konfliktforschung – 56. Kolloquium der AFK** Prof. Dr. Janpeter Schilling, Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
Bremen, 05. September 2025 **Die Herausforderungen von Weltfriedenspolitik heute – Symposium zum 85. Geburtstag von Prof. Dr. Dieter Senghaas** Prof. Dr. Klaus Schlichte, Dr. Roy Karadag, InIIS Universität Bremen
Landau, 18. bis 19. März 2025 **Von Fake News bis Cyberwar: Aktuelle Herausfor-derungen und Ansätze in der Friedens- und Konfliktforschung – Forschungstagung der Jungen AFK** Dr. habil. Simone Wisotzki, Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung (AFK)
München, 27. bis 29. November 2025 **Umkämpfte Demokratien und der Kampf um ‚Wahrheiten': Macht(missbrauch) von Wort und Bild in der politischen Sprache** Prof. Dr. Johanna Wolf, Ludwig-Maximilians-Universität München

TRANSFERPROJEKTE
Januar bis August 2025 **Friedensgutachten 2025** Dr. Claudia Baumgart-Ochse, PRIF Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M.
Berlin, 26. bis 27. März 2026 **Die Rolle der Sozialwissenschaften in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen – am Beispiel der Psychologie** Prof. Dr. Andreas Beelmann, Friedrich-Schiller-Universität Jena
Praxishandbuch Sozialpsychologie: Flucht und Integration Dr. Stefanie Hechler, Freie Universität Berlin, Dr. Nadine Knab, Charité Berlin, Dr. Ulrich Klocke, Humboldt-Universität zu Berlin
W&F – e-Library Zugänge Christiane Lammers, Dr. Regine Mehl, Informationsstelle Wissenschaft & Frieden e.V.
INTERNATIONALE FACHTAGUNGEN
Berlin, 11. bis 13. September 2025 **Reconstructing International Law** Prof. Dr. Helmut Philipp Aust, Freie Universität Berlin
Münster, 05. bis 06. Juni 2025 **Intersectionality and International Criminal Justice** Prof. Dr. Leonie Steinl, Universität Münster, Kalika Mehta, Humboldt Universität Berlin
Bochum, 04. bis 05. Juli 2025 **Customary International Humanitarian Law: Revis-iting the ICRC's Study at 20** Prof. Dr. Pierre Thielbörger, IFHV der Ruhr-Universität-Bochum

Tabelle 3: Bewilligte Projekte im Förderbereich 2

Eine Auswahl dieser Projekte, die neue Forschungsthemen entwickeln, wissenschaftliche Kooperationen aufbauen und Ergebnisse einem breiteren Publikum zugänglich machen, werden im Folgenden etwas ausführlicher vorgestellt.

Broadening the Scope: Intersectionality in Social Psychological Research Outside the U.S. Context

Projektleitung
Prof. Dr. Frank Asbrock
Institution
Technische Universität Chemnitz
Fördersumme
9,640 Tsd. Euro
Projektformat
Vernetzungsprojekt,
26. bis 28. Juni 2025

Das Konzept der Intersektionalität hat sich in den letzten 20 Jahren zu einem zentralen Werkzeug entwickelt, um Machtstrukturen an der Schnittstelle von Race, Geschlecht, Klasse und weiteren Kategorien zu analysieren. Während intersektionale Forschung in den USA verbreitet ist, herrscht in anderen nationalen Kontexten diesbezüglich häufig noch Zurückhaltung. Gründe hierfür sind sowohl methodische Herausforderungen als auch der Mangel an transnationalen Forschungsnetzwerken und einer kontextsensiblen Perspektive auf globale Machtverhältnisse.

Dennoch sind intersektionale Ungleichheiten auch außerhalb der USA evident: In Europa zeigt sich dies aktuell besonders deutlich bei Migrantinnen aus nicht-kontinentaleuropäischen Ländern. Während Frauen aus der Ukraine durch sichere Fluchtwege oft zügig Schutz finden, stoßen Frauen aus anderen Herkunftsländern auf erhebliche Hürden. Kriminalisierte und gefährliche Fluchtbedingungen hindern viele an der Ausreise, sodass sie, häufig unter Lebensgefahr, in ihren Herkunftsländern verbleiben. Auch nach der Ankunft im Aufnahmeland treffen geflüchtete Frauen auf geschlechtsspezifische Barrieren: Familiäre Verpflichtungen, wie die Kinderbetreuung, schränken ihre Chancen auf Integration in Bildung und Arbeitsmarkt erheblich ein. Diese systematische Benachteiligung unterstreicht die Dringlichkeit, intersektionale Forschung auf globale Kontexte auszuweiten, um diese Ungleichheiten besser zu verstehen und gezielt anzugehen.

In der sozialpsychologischen Forschung gibt es zwar wachsende Bemühungen, intersektionale Perspektiven jenseits des US-amerikanischen Rahmens einzubinden. Dennoch bleibt das Wissen über intersektionale Diskriminierung und Intergruppenkonflikte bisher auch in diesem Fachbereich fragmentiert.

Das Vernetzungstreffen **„Broadening the Scope: Intersectionality in Social Psychological Research Outside the U.S. Context "**, hat vom 26. bis 28. Juni 2025 in Chemnitz stattgefunden und sollte die Entwicklung von Lösungen für die aktuellen Herausforderungen intersektionaler sozialpsychologischer Forschung ermöglichen. Ziel war es, ein gemeinsames kritisches Verständnis der Relevanz soziohistorischer Faktoren für intersektionale Forschung außerhalb des US-amerikanischen Kontexts zu entwickeln, eurozentrische Perspektiven in globalen Machtynamiken, aber auch in der Forschungsgemeinschaft selbst sichtbar zu machen und die Relevanz intersektionaler sozialpsychologischer Forschung angesichts der aktuellen globalen Zuspitzung von Kriegen und demokratiefeindlichen Bestrebungen zu definieren.

Tagungskonzeption

Um unterschiedliche Perspektiven und methodische Ansätze zusammenzuführen, wurde in der Planungsphase auf eine möglichst hohe Diversität der Teilnehmenden geachtet. An drei Tagen wurden die Schwerpunkte der Vernetzung der Forschenden und des Austausches über Forschungsinhalte (Tag 1), die Kompetenzerweiterung in methodischen Ansätzen (Tag 2) sowie die Verstetigung von Kollaborationen durch gemeinsam entwickelte Forschungsprojekte sowie die Planung eines Special Issues (Tag 3)

behandelt. Die Förderung der Deutschen Stiftung Friedensforschung hat die Einladung einer renommierten Intersektionalitäts-Forscherin ermöglicht, die bestehende Forschungsprojekte evaluieren konnte und einen hochrangigen Vortrag gehalten hat. Ein öffentliches Rahmenprogramm hat eine niedrigschwellige Vorlesung über Intersektionalität beworben sowie die Möglichkeit zur Begegnung zwischen BürgerInnen und Forschenden auf einer zwanglosen Abendveranstaltung.

Erwartete Ergebnisse und erzielte Ergebnisse

Die Planung der Tagung hat bereits für eine erhöhte Aufmerksamkeit für das Thema Intersektionale Forschung in der Sozialpsychologie gesorgt und Forschende darin bestärkt, ihre Forschung voranzubringen und zu präsentieren. Die Förderung der Tagung hat zudem die Unterstützung unterrepräsentierter und finanziell benachteiligter Forschender ermöglicht.

Auf der Tagung wurde angestrebt durch Vorträge, Diskussionen und Arbeitsgruppen Forschungsprojekte zu entwickeln, die langfristige Kooperationen fördern und innovative Ansätze zur Erforschung intersektionaler Diskriminierung und Intergruppenkonflikte bieten. Ein weiteres Ziel hat in der gemeinsamen Entwicklung eines Konzepts für ein Special Issue über Intersektionale Forschung außerhalb der USA in einer Fachzeitschrift gelegen. Übergreifende Ziele der Veranstaltung waren, die Durchführung intersektionaler Forschung zu diversifizieren und voranzutreiben, die Kompetenzen in der Durchführung und somit die Qualität intersektionaler Forschung zu verbessern sowie die Vernetzung intersektional Forschender, insbesondere marginalisierter Personen, nachhaltig zu fördern.

Umkämpfte Demokratien und der *„Nie wieder Krieg?“* – Potenziale und Grenzen des Pazifismus in Geschichte und Gegenwart

Projektleitung
Prof. Dr. Benedikt Brunner und
Jun.-Prof. Dr. Sarah Jäger
Institution
Theologische Fakultät der
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Fördersumme
9,800 Tsd. Euro
Projektformat
Vernetzungsprojekt,
04. bis 06. Juni 2025

Die akademische Tagung mit dem Titel „Nie wieder Krieg?“ – Potenziale und Grenzen des Pazifismus in Geschichte und Gegenwart, die vom 04. bis 06. Juni 2025 in der Akademie des Bistums Aachen stattfand, bot eine Plattform für die Auseinandersetzung mit der Rolle des Pazifismus in verschiedenen zeitgenössischen und historischen Kontexten. Die Veranstaltung wurde von einem interdisziplinären Team aus Wissenschaftler*innen organisiert: PD Dr. Benedikt Brunner (Kirchengeschichte, Jena/Mainz), Jun.-Prof. Dr. Sarah Jäger (Systematische Theologie/Ethik, Jena) und Gabriel Rolfes (Politikwissenschaft, Aachen/Chemnitz). Ziel der Tagung war es, das Konzept des Pazifismus aus mehreren Perspektiven zu beleuchten, indem sowohl historische Aspekte als auch aktuelle Herausforderungen einbezogen wurden. Der Diskurs fokussierte sich auf die Frage, in welchem Ausmaß pazifistische Ansätze innerhalb der aktuellen Friedensethik relevant sind und welchen Beitrag diese zu einem nachhaltigen Frieden in Zeiten zunehmender globaler Konflikte leisten können. Die Konzeption der Tagung umfasste eine Reihe strukturierter Vorträge und Diskussionsrunden, die sich um drei zentrale Fragestellungen ordneten: Erstens die Einbindung pazifistischer Ansätze in aktuelle friedensethische Diskurse, sowohl auf christlicher als auch auf nicht-christlicher Grundlage. Es wurde darüber debattiert, wie Pazifismus in diesen Diskursen kritisch eingeordnet und ausgebaut werden kann, um relevante Antworten auf gegenwärtige globale Spannungen zu bieten. Zweitens befassten sich die Teilnehmer*innen mit der historischen Relevanz pazifistischer Bewegungen, wobei darauf abgezielt wurde, wertvolle Erkenntnisse aus der Geschichte zu gewinnen, die sich auf aktuelle Friedensstrategien anwenden lassen. Drittens wurden die von pazifistischen Überzeugungen inspirierten Praxis- und Engagementformen untersucht. Dies beinhaltete die Analyse ihrer Wirksamkeit und deren produktiven Einsatz in der wissenschaftlichen Debatte und Bildung.

Das Tagungsthema wurde in fünf thematisch fokussierten Panels erörtert:

Panel 1: Pazifismus als Konzept jenseits der Utopie – Einfangen in den Kontext des gerechten Friedens

Dieses Panel eröffnete mit einer Diskussion über Pazifismus als strategisches Konzept, das über idealistische Utopien hinausgeht und als praktisches Modell für die Konfliktlösung dient. Prof. Dr. Marco Hofheinz und Prof. Dr. Thomas Hoppe beleuchteten den Rechtspazifismus als politische Strategie, die darauf abzielt, Gewalt aus diplomatischen und rechtlichen Prozessen zu eliminieren. Sie diskutierten die Anforderungen, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die gewaltfreie Konfliktlösungen priorisieren und dadurch gerechte und stabile Friedensstrukturen fördern.

Panel 2: Historische Analyse pazifistischer Bewegungen im 20. Jahrhundert

Dieses Panel widmete sich der Erforschung pazifistischer Bewegungen in der Schweiz und Deutschland während des 20. Jahrhunderts. Prof. Dr. Thomas Kuhn und weitere Sprecher*in-

nen zeichneten die oft marginalisierte Position des Pazifismus in der deutschen Gesellschaft nach und untersuchten die Rolle der Kirchen in Ost- und Westdeutschland, insbesondere unter den spezifischen Bedingungen der Bundesrepublik und der DDR.

Panel 3: Grundlagen des christlichen Pazifismus

Der dritte Tagungstag konzentrierte sich auf christliche Interpretationen und Entwicklungen des Pazifismus. Lukas Johrendt erläuterte den theologischen Werdegang von Dietrich Bonhoeffer. Weitere Diskussionen, angeführt von Lukas Mengelkamp und Jun.-Prof. Dr. Sarah Jäger, umfassten die Bedeutung der Frauenfriedensbewegung und die problematische Rolle der Abschreckungstheorie während des Kalten Krieges.

Panel 4: Aktuelle Herausforderungen des Pazifismus und nicht-christliche Traditionen

Dieses Panel untersuchte die gegenwärtigen Ausdrucksformen des Pazifismus in verschiedenen religiösen Traditionen. Dr. Youssef Dennaoui sprach über die Herausforderungen innerhalb der muslimischen Friedensdiskurse. Weitere Beiträge reflektierten die Versöhnungsforschung als innovativen Ansatz und die katholische Nonviolence Initiative als Forderung zur Rückkehr zur Gewaltfreiheit des Evangeliums.

Panel 5: Geopolitische Konflikte und das Potenzial des Pazifismus

Das letzte Panel setzte sich mit aktuellen geopolitischen Konflikten auseinander und diskutierte den gerechten Frieden aus ökumenischer Perspektive. Die Referent*innen vermittelten die Effektivität ziviler Alternativmethoden zur militärischen Konfliktbearbeitung und beleuchteten postkoloniale Perspektiven in der Friedensforschung. Abschließend wurde der südafrikanische Widerstand gegen das Apartheidregime als Beispiel für die Rolle von Pazifismus in Versöhnungsprozessen behandelt. Es wurde deutlich, dass Pazifismus mehr als nur den Verzicht auf physische Gewalt umfasst und in vielerlei Hinsicht auf ethischen, theologischen sowie rechtlichen Prinzipien basiert. Besonders die Betrachtung historischer Kontexte und die Auswirkungen aktueller pazifistischer Bewegungen zeigten auf, dass Pazifismus trotz mancher Hürden und Kontroversen durchaus tragfähige und nachhaltige Alternativen zu militärischen Lösungsansätzen darstellen kann.

Ein wesentliches Ergebnis der Tagung war die Vorbereitung für zukünftige wissenschaftliche Kooperationen und Netzwerke sowohl zwischen Wissenschaftler*innen und Friedenspraktiker*innen. Geplant ist, die Erkenntnisse der Tagung in einem Sammelband in der Zeitschrift „Ethik und Gesellschaft“ zu veröffentlichen, um die gewonnenen Erkenntnisse einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und die wissenschaftliche Diskussion fortzuführen.



© PETER WEIDEMANN

Internationaler Wissenstransfer: Junge Stimmen zur Verhinderung eines Nuklearkriegs bei der *63rd Pugwash Conferences on Science and World Affairs* in Hiroshima/ Japan

Projektleitung
Prof. Dr. Götz Neuneck
Institution
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e. V.
VDW (Deutsche Pugwash-Gruppe)
Fördersumme
7,500 Tsd. Euro
Projektformat
Vernetzungsprojekt,
01. bis 05. November 2025

Die „63rd Pugwash Conference on Science and World Affairs", die für ihre Track-II Bemühungen im Kalten Krieg zur Verringerung der nuklearen Gefahr 1995 zusammen mit ihrem Gründer Sir Joseph Rotblat den Friedensnobelpreis erhalten hatten, fand im November 2025 in Hiroshima/ Japan statt. Über fünf Tage, einschließlich einer selbst-organisierten Tagung der International Young/Student Pugwash (ISYP) Gruppe, trafen sich im Internationalen Konferenzzentrum im Friedenspark 180 Teilnehmer aus 41 Ländern, um im Rahmen von öffentlichen und geschlossenen Sitzungen aktuelle Fragen der globalen Sicherheit, regionaler Konfliktkonstellationen und dem Einfluss von neuen Technologien auf die Rüstungsdynamik sowie konkrete Lösungsvorschläge zu diskutieren. Das Konferenzprogramm der fünftägigen Tagung umfasste neben Keynotes und Vorträgen auch Panels zur Risikoreduktion in Europa, dem Mittleren Osten und in Asien. Die „Early Career" Wissenschaftler*innen des ISYP hatten vorab an zwei Tagen einen Workshop mit eigenem Programm und inhaltlichen Beiträgen für jüngere Teilnehmer*innen („Action Briefs") vorbereitet und selbstständig durchgeführt.

Die neue Weltlage ist durch Kriege und zunehmende Konflikte mit hohem Gewaltpotenzial und neuen schwierigen Konfliktkonstellationen gekennzeichnet. Über Grenzen hinweg sind daher intensive Dialogformen und vertrauensbildende Gespräche nötiger denn je, gerade auch mit problematischen Staaten und unter jungen Leuten. Dies gilt insbesondere dort, wo die Gefahr des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen akut ist. Wie die Vergangenheit gezeigt hat, war diese Art von „Science Diplomacy" auf Basis



© PUGWASH CONFERENCES ON SCIENCE AND WORLD AFFAIRS.

Teilnehmer der 63rd Pugwash Conferences on Science and World Affairs in Hiroshima, Japan vor dem Centograph im Hiroshima Peace Memorial Park. Dieses Denkmal wurde zum Gedenken an die direkten und indirekten Opfer des ersten Atombombenabwurfs auf eine Stadt am 6. August 1945 errichtet.

vertraulicher Dialoge (Track-II) im Kalten Krieg langwierig, aber erfolgreich.

Einen Perspektivwechsel in komplexen Konfliktkonstellationen, insbesondere im internationalen Kontext vorzunehmen, ist für Friedens- und Konfliktforschung ebenso essenziell wie die verstärkte Einbeziehung der jüngeren Generation. Es besteht gerade für die jüngeren Teilnehmer*innen darin 1. mit international bekannten Experten in direkten Kontakt zu treten, 2. eigene Lösungsoptionen in vertraulicher Atmosphäre zu entwickeln, 3. ihre Netzwerke auch im Hinblick auf weitere Karrieremöglichkeiten auszubauen, um selbst in Zukunft Verantwortung für Fragen von Frieden und Sicherheit zu übernehmen und 4. unterschiedliche Sichtweisen und Lösungsvorschläge zurück in die Heimatländer mitzunehmen.

Die jüngere Generation von Wissenschaftler*innen wurde in verschiedenen aktiven Formaten (Arbeitsgruppen und Vorträgen) mit den Methoden der Track-II Diplomatie in internationalen Netzwerken am Ort der ersten Atomexplosion vertraut gemacht. Zu diesem Zweck wurden neben deutschen Pugwash-Experten auch junge Wissenschaftler*innen aus Europa und dem Globalen Süden im Rahmen der selbst-organisierten Vorkonferenz der ISYP eingeladen. Zur Konferenzvorbereitung wurden von den Geförderten Konferenzpapiere erstellt und dann vor Ort Arbeitssitzungen geleitet und viele Hintergrundgespräche geführt. Der Projektleiter und Vorsitzende des Pugwash Councils, leitete bei der Tagung zwei Panels und war u.a. für die Koordination der Arbeitsgruppen verantwortlich. Ein weiterer deutscher Teilnehmer, Oberst a.D. Richter, stellte bei dem Panel zur Zukunft europäischer Sicherheit und dem anschließenden Workshop europäische Lösungsoptionen vor. Teilnehmer*innen der kriegsführenden Parteien im Ukraine-Krieg waren ebenso anwesend wie Repräsentanten aus bekannten Konfliktregionen. Die erfahrenen Wissenschaftler*innen und Expert*innen begleiteten darüber hinaus die jüngeren Wissenschaftler*innen, deren Teilnahme durch Übernahme von Reisekosten durch die DSF gefördert wurde. Die Präsenz von erfahrenen Wissenschaftler*innen und Experten für die Hauptkonferenz ist wichtig, um deutsche und europäische Sichtweisen international darzustellen und die Nachwuchswissenschaftler*innen in den Arbeitsgruppen zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurde ein Reisekostenzuschuss für zwei erfahrene Wissenschaftler*innen und jüngere Nachwuchswissenschaftler*innen ermöglicht, wobei die Ortskosten von den Organisatoren übernommen wurden. Üblicherweise haben die nationalen europäischen Pugwash-Gruppen und Expert*innen auch eine Mentorfunktion für Kandidat*innen aus dem Globalen Süden oder für engagierte Student*innen aus anderen europäischen Ländern, die über keine funktionierende nationale Pugwash-Gruppe verfügen, aber die die Grundlage für spätere Aktivitäten legen können.

Durch die Teilnahme an der ISYP-Konferenz (30./31. Oktober 2025) und im Anschluss daran an der Pugwash-Konferenz ergab sich eine verstärkte Vernetzung und ein intensiver Austausch der jüngeren Teilnehmer*innen bei internationalen Track-II Dialogen im Hinblick auf die internationale Konfliktbewältigung. Die geförderten Nachwuchswissenschaftler*innen legten eigene Themenpapiere vor, und zwar zur Risiko- und Eskalationsreduzierung militärischer KI, der Rolle regionaler Staaten und der iranischen Zivilgesellschaft in Bezug auf das iranische Nuklearprogramm sowie einen umfassenden Bericht zu den Herausforderungen des sog. Dritten Nuklearzeitalters. Die Wissenschaftler*innen beteiligten sich mit Papieren zum Stand der europäischen Sicherheit und der aktuellen Gefahr der Bewaffnung des Weltraums. Zusätzlich gab es Gelegenheit zum Besuch des Atommuseums und des Friedensparks in Hiroshima und zu Gesprächen mit Überlebenden der Atomexplosion. Die Berichterstattung in Japan war umfangreich (siehe Youtube). Neue Projektideen, Kontakte und die Gründung neuer Arbeitsgruppen konnten initiiert werden. Eine Erklärung des Pugwash Councils sowie ein englischsprachiger Bericht der ISYP-Tagung rundeten die Tagung ab.

Kampf um ‚Wahrheiten': Macht(missbrauch) von Wort und Bild in der politischen Sprache

Projektleitung
Prof. Dr. Johanna Wolf
Institution
Ludwig-Maximilans-Universität München
Fördersumme
10 Tsd. Euro
Projektformat
Vernetzungsprojekt,
27. bis 29. November 2025

Bedeutung des Themas und leitende Fragestellungen

Demokratische Gesellschaften sind aktuell von konflikthaften Aushandlungen um Deutungshoheit, Wahrheit und Legitimität geprägt, die sich zunehmend in multimodalen Kommunikationsräumen vollziehen. Sprachliche und visuelle Elemente werden hier strategisch miteinander verschränkt, gemeinsam wirken sie emotionalisierend und polarisierend. Für die Friedens- und Demokratieforschung ergibt sich daraus die zentrale Frage, wie solche Kommunikationsformen zur Destabilisierung demokratischer Diskurse beitragen, aber auch, wie kritische Analysekompetenzen gestärkt werden können, um demokratische Resilienz zu fördern. Die Tagung nahm diese Herausforderung auf, indem sie die Macht von Wort und Bild in politischen Kontexten systematisch in den Blick rückte. Leitend war die Frage, wie multimodale politische Kommunikation funktioniert. Dies wurde anhand historischer und gegenwartsbezogener Beispiele – von Karikaturen und Graphic Novels bis zu digitalen Memes und immersiven Formaten – untersucht. Dabei wurde deren Einfluss auf Konfliktdynamiken, Erinnerungskulturen und aktuelle Polarisierungsprozesse in den Blick genommen und so ein hochrelevantes Themenfeld zwischen Grundlagenforschung, Demokratietheorie und politischer Bildung bearbeitet.

Erläuterungen zum Format

Die Veranstaltung war als Vernetzungsformat angelegt, das interdisziplinäre Forschung, Lehrerbildung und schulische Praxis systematisch miteinander verband. Die programmatische, international ausgewiesene, Keynote setzte einen gleichermaßen theoretischen wie anwendungsbezogenen Ankerpunkt für die Vorträge und Diskussionen, in denen unterschiedliche disziplinäre Zugänge auf eine gemeinsame Fragestellung erfolgten. So wurden historische und gegenwartsbezogene Fallstudien zur politischen Bild-Text-Kommunikation, Analysen digitaler extremistischer Strategien sowie Beiträge zur Erinnerungskultur, zu postkolonialen Narrativen – generell: zu Formen visueller politischer Mobilisierung – in einen gemeinsamen Argumentationszusammenhang gestellt.

Ein zentrales Element war die Table Ronde „Stark im Diskurs, stark für die Demokratie", die Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft, Unterrichtspraxis, Lehrerbildung, Schulentwicklung und Bildungspolitik in einen strukturierten Dialog brachte. Der Transfer wurde dadurch nicht als nachgelagerter Schritt, sondern als integraler Bestandteil des wissenschaftlichen Austauschs realisiert. Die abschließende Plenumsdiskussion bündelte die Ergebnisse und identifizierte Perspektiven für zukünftige Kooperationen.

Ablauf der Veranstaltung und Besonderheiten

Der dreitägige Ablauf berücksichtigte in seiner Dramaturgie die systematische Verknüpfung der drei Ebenen theoretische Rahmung, thematische Vertiefung sowie gezielte Öffnung in die Bildungspraxis. Während der erste Nachmittag theoretische und anwendungsbezogene Beiträge aus den Bereichen Politikwissenschaft, Romanistik und Germanistik zu „Text und Bild in semantischen Kämpfen" versammelte und mit

der Keynote seinen Abschluss fand, widmete sich der zweite Tag dem Bereich „Von der Karikatur zur Virtual Reality“. Hier rückten sowohl diachronische als auch synchronische Fallstudien aus den Bereichen Kunstgeschichte, Geschichtsdidaktik, romanistische Linguistik und Literaturwissenschaft, Soziologie, germanistische Fachdidaktik und Bildgeschichte in den Mittelpunkt multimodaler Analyse. Mit der Table Ronde wurde am Abend des zweiten Tages die Brücke in die schulische Praxis geschlagen. Die Beteiligung zentraler Akteurinnen des bayerischen Bildungssystems und die Schirmherrschaft der Staatsministerin für Unterricht und Kultus unterstreichen die bildungspolitische Reichweite der Tagung. Besonders hervorzuheben ist die gleichberechtigte Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen, die konkrete Perspektiven für Unterricht, Fortbildung und Materialentwicklung eröffnete. Die Schule wurde dabei als zentraler Partner in der Entwicklung demokratierelevanter Kompetenzen positioniert. Unter dem Motto „Text-Bild-Kommunikation in Perzeption und Vermittlung“ standen die Beiträge des dritten Tagungstags aus den Fächern und Disziplinen germanistische Linguistik, romanistische Fremdsprachendidaktik, Geschichtsdidaktik, Medienethik und romanistische Linguistik. Die Tagung endete mit einer umfangreichen Abschlussdiskussion, die Perspektiven für Anschlussprojekte eröffnete.

Fazit

Das Vernetzungsprojekt verbindet die Bearbeitung eines hochaktuellen friedens- und demokratietheoretischen Themenfeldes mit nachhaltigem Transfer in die Gesellschaft. Auf der Output-Ebene stehen neu etablierte interdisziplinäre Netzwerke und die institutionelle Einbindung schulischer und bildungspolitischer Akteurinnen und Akteure. Auf der Outcome-Ebene wurde ein belastbarer Dialog zwischen Forschung und Praxis erreicht, der konkrete Ansätze zur Förderung kritischer Diskurs- und Analysekompetenzen eröffnet. Der langfristige Impact liegt in der strukturellen Verankerung multimodaler politischer Kommunikationsanalyse in Lehrerbildung und Unterricht und damit in einem Beitrag zur Stärkung demokratischer Bildung über die Projektlaufzeit hinaus.



© INGMAR GREGORZEWSKI

Die Rolle der Sozialwissenschaften in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen – am Beispiel der Psychologie

Projektleitung
Prof. Dr. Andreas Beelmann
Institution
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Fördersumme
4,850 Tsd. Euro
Projektformat
Tagungsprojekt,
26. bis 27. März 2026

Am 26. bis 27.03.2026 hat eine interdisziplinäre Tagung zum Thema „Die Rolle der Sozialwissenschaften in gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen – am Beispiel der Psychologie“ in der Psychologischen Hochschule Berlin stattgefunden. Dazu hatten sich über 100 Teilnehmende aus verschiedenen Bereichen der Psychologie und den angrenzenden Sozialwissenschaften angemeldet. Die Tagung wurde von Prof. Dr. Andreas Beelmann (Jena) sowie einer Gruppe weiterer Wissenschaftler*innen (Prof. Banse, Dr. Hechler, Prof. Noack, Prof. Rothmund, Prof. Wagner, Prof. Walther) geplant. Inhaltlich ging es um Fragen des Transfers von sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen in politische Planungs- und Entscheidungsprozesse. Den Schwerpunkt haben aktuelle Themen der Demokratieförderung und Gefährdungen der Demokratie einschließlich der Angriffe auf die Freiheit der Wissenschaften gebildet.

In vier verschiedenen thematischen Panels sollten grundlegende Fragen und Themen der gesellschaftlichen Nutzung sozialwissenschaftlicher und psychologischer Erkenntnisse sowie die Stellung und Bedeutung von Sozialwissenschaften in demokratischen Prozessen reflektiert werden. Ein erstes Panel hat sich mit der Frage beschäftigt, wie wissenschaftliche Erkenntnisse im Rahmen neuerer Modelle der Wissenschaftskommunikation und angesichts tiefgreifender gesellschaftlicher Transformationsprozesse besser in gesellschaftliche und politische Debatten eingebracht werden können. Ziel war es, den Einfluss von psychologischer und sozialwissenschaftlicher Expertise zur öffentlichen Meinungsbildung sowie zur politischen Entscheidungsfindung zu stärken.

In vielen Studiengängen ist eine zunehmende Reserviertheit von Studierenden festzustellen, sich aktiv in gesellschaftliche Debatten einzubringen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Sicherung demokratischer Mitspracherechte und die Erhaltung des gesellschaftlichen Friedens. Daher soll während der Tagung auch darüber diskutiert werden, wie die sozialwissenschaftliche und psychologische Hochschulausbildung weiterentwickelt werden kann, um Studierende systematisch auf eine aktive Mitgestaltung gesellschaftlicher Prozesse vorzubereiten.

Im Rahmen eines weiteren Panels wurden strukturelle Verwundbarkeiten gegenüber ideologischen Zugriffen auf die Wissenschaften als auch Strategien der Resilienz und Gegenwehr erörtert. Dazu wurden – im Rahmen von Impulsvorträgen – Kolleg*innen eingeladen, die aus Ländern und Kontexten berichten, in denen ein solcher politischer Angriff auf die Freiheit der Wissenschaften bereits festzustellen ist. In der Vorbereitung der Tagung konnte bei ebendiesen Kolleg*innen auch eine gewisse Zurückhaltung über solche Sachverhalte öffentlich zu sprechen registriert werden, offenbar mit dem Hintergrund nicht von Nachteilen in ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit betroffen zu sein. Derartige Zugriffe waren in dieser Form bislang in demokratisch organisierten Staaten eher eine Seltenheit, sind aber mit dem Erstarken rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen – auch in Deutschland – immer häufiger festzustellen.

Ein viertes Panel hat sich schließlich mit den normativen Grundlagen und Ausrichtungen wissenschaftlicher Forschung beschäftigt. Ausgangspunkt war eine Diskussion um politische Statements, in der von Vertretern des psychologischen Fachverbandes auf ihre politische Neutralität als eingetragener Verein hingewiesen wurde. Daraus ergab sich eine Auseinandersetzung, inwieweit es Fachverbänden erlaubt ist, politisch zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen Stellung zu beziehen. Im Panel wurde dazu im Rahmen eines Vortrags und einer anschließenden Podiumsdiskussion philosophische Expertise eingeholt, um die Frage der Normativität und den dazu bestehenden unterschiedlichen Positionen zu diskutieren. Darüber hinaus sollten juristische Implikationen von politischer Kommunikation durch wissenschaftliche Organe auch im Rahmen eines juristischen Inputs reflektiert werden.

In einem abschließenden Panel wurden die Diskussionen und Erkenntnisse zusammengefasst und mögliche Folgeaktivitäten (Implikationen für die wissenschaftliche Forschung, Publikationen, Anschlussveranstaltungen) besprochen. Neben eingeladenen Referenten aus unterschiedlichen wissenschaftlichen und politischen Kontexten und freien Anmeldungen wurden explizit junge Wissenschaftler*innen und einschlägige Kolleg*innen zur Tagung eingeladen. Die Veranstalter*innen hatten sich von der Tagung einen Anstoß erhofft, sich intensiver mit dem Transfer und der Nutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen sowie den Gefährdungen der Wissenschaftsfreiheit intensiver auseinander zu setzen.

W&F – eLibrary Zugänge

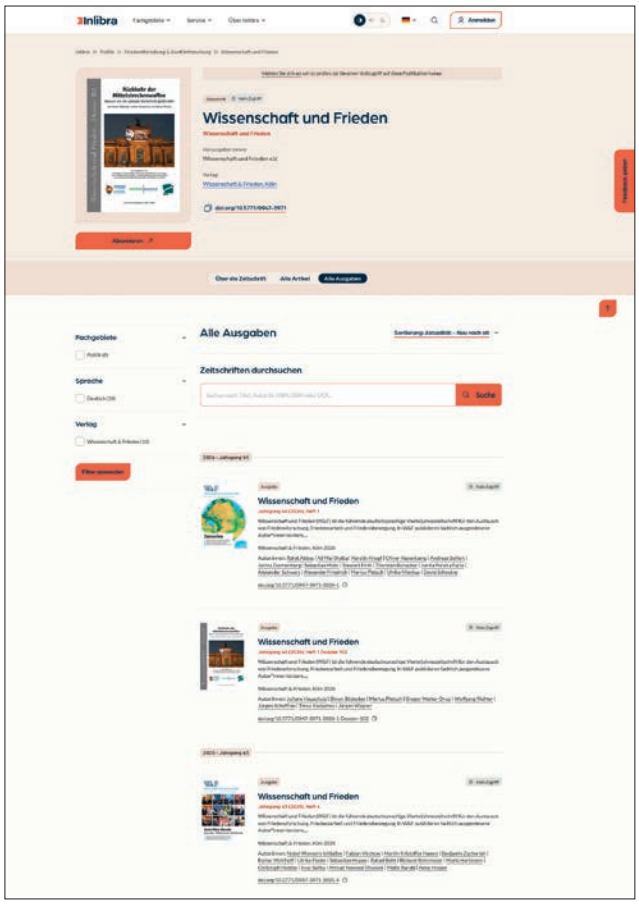
Projektleitung
Christiane Lammers
Institution
Informationsstelle
Wissenschaft & Frieden e.V.
Fördersumme
4,750 Tsd. Euro
Projektformat
Transferprojekt,
01. September 2025 bis 30. April 2026

Die friedenswissenschaftliche Vierteljahreszeitschrift »Wissenschaft und Frieden« (W&F) muss sich modernen Lese- und Recherchebedingungen anpassen, wenn sie weiterhin für Studierende, Dozierende und Forschende der Friedens- und Konfliktforschung ebenso relevante Anlaufstelle sein möchte, wie für aktive friedensbewegte Menschen.

Dank der Förderung der DSF ist 2021-2022 die Homepage schon für diese Aufgabe optimiert worden. Nun gilt es, die paginierte Form des Heftes einfacher digital zugänglich zu machen.

Die erneute Förderung der DSF (2025-2026) erlaubt es Wissenschaft und Frieden nun, eine Verlagskooperation mit dem Nomos Verlag (Baden-Baden) einzugehen und auf der digitalen Bibliotheksplattform „InLibra“ (vormals Nomos e-Library) die PDFs des Heftes einstellen zu lassen, sowie die neuen DOI-Adressen der Artikel auf der eigenen Homepage einzupflegen.

© INLIBRA



Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“ auf der Website von © InLibra

So entsteht eine Verzahnung der eigenen Zugriffswege der Zeitschrift (Homepage) mit den modernen Recherchegewohnheiten (über digitale Plattformen und E-Zeitschriften). Der Zugriff wird erweitert, die Zeitschrift bleibt für die Zukunft gut aufgestellt.

Seit Förderbeginn wurden Arbeitsschritte zur Anpassung der PDFs in der Produktion unternommen: Die entsprechende Optimierung der gelayouteten Fassung des Heftes ist nun in den Erstellungsprozess integriert und kann mit geringem Zusatzaufwand auch in der Zukunft garantiert werden. In Abstimmung mit der Post-Produktion von Nomos wurden dafür die notwendigen Anker im PDF gesetzt, die eine leichte Pflege für „InLibra“ ermöglichen. Rückwirkend wurden die Hefte des Jahres 2025 schon in der digitalen Bibliothek integriert und seit Jahresbeginn 2026 sind alle neuen Hefte immer parallel zum Erscheinen der Print-Ausgabe sowohl auf der Homepage der Zeitschrift als auch bei „InLibra“ digital verfügbar.

Auch die PDFs schon produzierter Hefte der Jahrgänge 2024-2012 wurden nachträglich optimiert, um eine stückweise Integration (vollständig voraussichtlich in 2026-2027) in die Plattform „InLibra“ zu ermöglichen und ein digitales Archiv der paginierten Seiten zu erstellen. Dieses Archiv ergänzt dann das schon existierende Archiv der als HTML-Versionen zugänglichen Artikel, die auf der Homepage von Wissenschaft und Frieden zur Verfügung gestellt werden.

Da der Nomos Verlag zusammen mit weiteren Wissenschaftsverlagen die eigene digitale Bibliotheksplattform „Nomos e-Library“ in die „InLibra“-Bibliothek umgewandelt hat, findet sich W&F nun als digitale Zeitschrift in einem breiten Angebotspool an Wissenschaftszeitschriften und e-Books zur Friedens- und Konfliktforschung sowie anverwandter Wissenschaftsfelder. Dies hilft der Sichtbarkeit der Zeitschrift im doppelten Maße: Zum einen ist endlich der Zugriff per IP-basierter Identifikation für Abonnent*innen möglich. Angehörige von Wissenschaftsinstitutionen können somit über ihren Shibboleth-Zugang einfach auf die Inhalte zugreifen – die Erfahrung fügt sich nahtlos in heutige Recherche- und Zugriffsformen ein und erweitert die Auffindbarkeit der Zeitschrift u.a. in wissenschaftlichen Datenbanksuchen. Zum anderen wird W&F mit weiteren friedenswissenschaftlichen und politikwissenschaftlichen Zeitschriftenangeboten durch die Verlage der „InLibra“ den Bibliotheken und Institutionen mit zum Abonnement in Paketlösungen angeboten und somit weiterverbreitet. Die Sichtbarkeit der Zeitschrift steigt also.

Im Jahr 2026 muss nun noch die Anpassung der Homepage an die Verknüpfung mit der digitalen Bibliothek „InLibra“ geschaffen werden. Direktlinks auf die paginierten Versionen der Artikel sollen eingebaut werden, die SEO-Optimierung dadurch verbessert und die Verifizierbarkeit von Suchergebnissen garantiert werden: Wer auf die Homepage von W&F geht, kann durch direkten Klick auf Artikel diese in ihrer HTML-Form finden. Ein Klick auf den mitangebotenen DOI-Link führt zum paginierten Angebot bei „InLibra“ – Suchmaschinen führen nunmehr beide Angebote miteinander verzahnt auf.

Auf diese Weise wird nun der digitale Auftritt von W&F den Modernisierungen und Anpassungen im Innenleben des Print-Formats angeglichen. Dank der Förderung der DSF bleibt W&F gut aufgestellt für die Recherchegewohnheiten und den Wissenschaftstransfer im 21. Jahrhundert.

Förderbereich 3: Thematische Förderlinie

Im Förderbereich 3 schrieb die Stiftung im Juni 2024 die thematische Förderlinie *„Reaktionen auf die Klimakrise: Folgen für Frieden und Sicherheit*[3]*“* aus. Die Förderlinie wurde durch eine Zuwendung aus dem Bundesministerium für Bildung und Forschung finanziert.
Bei der Geschäftsstelle der DSF gingen zum 01. November 2024 und laufend insgesamt 26 Anträge auf Projektförderung ein, die das Schwerpunktthema aus sehr unterschiedlichen Perspektiven beleuchteten. Bewährt hat sich auch bei dieser Ausschreibung das modifizierte Antragsverfahren. So konnten Projekte mit einer Antragsumme von unter 60 Tsd. Euro ohne Terminbindung eingereicht werden. Lediglich für die Vorhaben mit höheren Budgetsummen legte die Stiftung einen Antragstermin fest.
Die Stiftung nahm zehn Pilotprojekte, neun Profilprojekte und sieben Kooperationsprojekte in das Begutachtungsverfahren auf. Das Antragsvolumen belief sich auf eine Gesamtsumme von 3,69 Mio. Euro.

Im Jahr 2025 wurden 6 Pilotprojekte, ein Profilprojekt und ein Kooperationsprojekt mit einem Volumen von 916 Tsd. Euro bewilligt:

PILOTPROJEKTE
Climate Change and Defense: Military Practice at the Intersection of Local Livelihoods and State Sovereignty Prof. Dr. Benno Fladvad, Universität Hamburg
Inside the Activist's Mind: Affective and Neural Mechanisms of Polarized Climate Content and their Implications for Democratic Engagement Dr. Nadine Knab, Prof. H. Walter, Charité-Universitätsmedizin Berlin
Between Arms and Advocacy: Gender, Climate, and Conflict in Myanmar Dr. Evelyn Pauls, Berghof Foundation
“Peace with Nature”: Conflict Dynamics, Environmental Protection and Community Strategies in Colombia Prof. Dr. Solveig Richter, Universität Leipzig
Positionierungen im landwirtschaftlichen sozialökologischen Transformationskonflikt Dr. Adrian Rothers, Universität Marburg, Prof. Dr. Lisa Bogerts, Freie Universität Berlin
Wissensproduktion im Kontext von Frieden, Konflikten und Umwelt: Klima- und Nachhaltigkeitsforschung in den arabischen Golfmonarchien Dr. Sebastian Sons, Center for Applied Research in Partnership with the Orient e.V. (CARP) Bonn

[3] Den Ausschreibungstext finden Sie hier:
https://bundesstiftung-friedensforschung.de/wp-content/uploads/2024/05/Ausschreibungstext_FB3_ReaktionenKlimakrise_DEU.pdf

PROFILPROJEKT
Unter Druck: Wasserknappheit und die Herausforderungen der Energiewende in Lateinamerika und Nahost Dr. Johanna Höhl, Ludwig-Maximilians-Universität München
KOOPERATIONSPROJEKT
Gender, climate change vulnerability, and psychosocial health and wellbeing: the co-production of resilience Prof. Dr. Tobias Hecker, Universität Bielefeld

Tabelle 4: Thematische Förderung 2025

Climate Change and Defense: Military Practice at the Intersection of Local Livelihoods and State Sovereignty

Projektleitung
Prof. Dr. Benno Fladvad
Institution
Universität Hamburg
Fördersumme
59,910 Tsd. Euro
Projektpauschale
11,982 Tsd. Euro
Gesamte Fördermittel
71,892 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

Der Klimawandel verändert arktische Räume grundlegend: Schmelzendes Meereis, tauender Permafrost und zunehmende Extremereignisse bedrohen Infrastrukturen, Ökosysteme und Lebensgrundlagen. Zugleich werden bislang schwer zugängliche Regionen durch den klimabedingten Rückgang des Meereises zunehmend als erreichbar und schiffbar wahrgenommen und gewinnen an geopolitischer und wirtschaftlicher Bedeutung. Fragen territorialer Präsenz, staatlicher Souveränität und Verteidigungsfähigkeit rücken damit verstärkt in den Mittelpunkt staatlicher Arktisstrategien, während sich militärische Akteure zunehmend in klimabezogene Reaktionszusammenhänge einbringen, wodurch die Grenzen zwischen Klima-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik verschwimmen.

Besonders deutlich wird diese Entwicklung am Konzept der *deterrence by resilience*, das innerhalb der NATO und ihrer Mitgliedstaaten in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen hat (vgl. auch *total defense* und *total preparedness* in Skandinavien). Dem Konzept liegt die Annahme zugrunde, dass militärische Abschreckung nicht allein auf militärischer Stärke beruht, sondern auch von widerstandsfähigen Gesellschaften, ziviler Präsenz, gestärkten Infrastrukturen und gestärkten lokalen Partnerschaften abhängt. Zivile Infrastrukturen und gesellschaftliche Resilienz werden damit zunehmend zu Bestandteilen nationaler Verteidigungsstrategien.

Das Forschungsprojekt untersucht am Beispiel der kanadischen Arktis, wie Klimawandelreaktionen und Verteidigungspolitik im Kontext des Klimawandels miteinander verschmelzen. Im Mittelpunkt stehen die Fragen, wie lokale Gemeinschaften und Infrastrukturen zugleich als vulnerabel und als strategisch bedeutsam betrachtet werden und wie das Konzept der Resilienz in verteidigungspolitischen Strategien verankert wird. Dadurch soll ein besseres Verständnis dafür entstehen, auf welche Weise staatliche, militärische und lokale Akteure diese Entwicklungen aushandeln und welche unterschiedlichen Vorstellungen von Sicherheit und Verantwortung dabei zum Vorschein kommen.

Die gesellschaftliche und wissenschaftliche Relevanz des Projekts liegt in der wachsenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Bedeutungszuschreibung ziviler Bereiche im Kontext des Klimawandels. Bislang ist wenig untersucht, wie diese Verknüpfung auf lokaler Ebene praktisch hergestellt und ausgehandelt wird. Das Projekt konzentriert sich daher auf die Praktiken, durch die Bedrohungsszenarien und Konzepte wie Vulnerabilität, Resilienz und Sicherheit im Kontext klimabedingter Veränderungen konkret ausgestaltet werden. Ein besonderer Fokus liegt auf den Wechselwirkungen zwischen zivilen, politischen und militärischen Akteuren sowie auf den unterschiedlichen Erwartungen hinsichtlich sogenannter Dual- und Multi-Purpose-Infrastrukturen.

Das Projekt basiert auf einer qualitativ ausgerichteten, praxistheoretischen Feldforschung in den kanadischen Nordwest-Territorien. Im Zentrum der Untersuchung stehen Interviews und

teilnehmende Beobachtungen mit der Joint Task Force North (JTFN) und der 1st Canadian Ranger Patrol Group (1 CRPG), eine Reserveeinheit des kanadischen Militärs, deren Aufgabe in der Aufrechterhaltung staatlicher Präsenz sowie der Unterstützung militärischer und ziviler Einsätze in weitläufigen Regionen besteht. Ergänzend werden Interviews mit Vertreter*innen des kanadischen Verteidigungsministeriums, der Territorialregierung, indigener Regierungen sowie kommunaler Organisationen und Ressourcenverwaltungen durchgeführt, vor allem in Yellowknife und weiteren Gemeinden der Nordwest-Territorien. Methodisch kombiniert das Projekt leitfadengestützte Interviews mit teilnehmenden Beobachtungen, um Praktiken und Aushandlungsprozesse zwischen militärischen, staatlichen und lokalen Akteuren in den Blick zu nehmen.

Das Projekt liefert empirisch fundierte Erkenntnisse darüber, wie der Klimawandel nicht nur Sicherheitsrisiken verändert, sondern auch die Art und Weise, wie Sicherheit politisch, militärisch und zivilgesellschaftlich verhandelt und praktisch hergestellt wird. Die Ergebnisse sollen aufzeigen, welche Folgen die zunehmende Verknüpfung ziviler und militärischer Praxis für die künftige Gestaltung von Sicherheits- und Klimapolitik hat. Aufgrund vergleichbarer Entwicklungen in weiteren arktischen NATO-Staaten (u.a. Norwegen) bietet das Projekt Erkenntnisse, die über den kanadischen Kontext hinaus reichen. Sie werden sowohl in wissenschaftlichen Publikationen als auch in praxisorientierten Formaten veröffentlicht.

Inside the Activist's Mind: Affektive und neuronale Mechanismen polarisierter Klimainhalte und ihre Bedeutung für demokratisches Engagement

Projektleitung
Dr. Nadine Knab und
Prof. Dr. Dr. Henrik Walter
Institution
Charité Universitätsmedizin Berlin
Fördersumme
58,897 Tsd. Euro
Projektpauschale
11,779 Tsd. Euro
Gesamte Fördermittel
70,676 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische und politische Herausforderung, sondern auch eine gesellschaftliche Konfliktlinie. Obwohl über die menschengemachten Ursachen des Klimawandels ein breiter wissenschaftlicher Konsens besteht, werden Klimapolitik, Protestformen und gesellschaftliche Transformationsprozesse in vielen Demokratien stark polarisiert verhandelt. Diese Polarisierung erschwert Dialog, politische Entscheidungsfindung und gesellschaftlichen Zusammenhalt – und stellt zugleich jene Menschen vor besondere emotionale Anforderungen, die sich langfristig für Klimaschutz und gesellschaftlichen Wandel engagieren.

Das Pilotprojekt „Inside the Activist's Mind" untersucht, wie Klimaaktivist*innen auf polarisierte Klimainhalte emotional und neuronal reagieren und welche Bedeutung diese Reaktionen für demokratisches Engagement, Resilienz und mentale Gesundheit haben. Im Zentrum steht die Frage, ob und wie sich Aktivist*innen von nicht-aktiv engagierten Personen darin unterscheiden, wie sie emotional belastende, politisch aufgeladene oder gesellschaftlich konflikthafte Klimainhalte verarbeiten. Dabei interessiert insbesondere, ob Aktivist*innen stärkere Reaktionen in Gehirnregionen zeigen, die mit emotionaler Salienz und Bedrohungsverarbeitung verbunden sind, etwa Amygdala und Insula, und ob zugleich regulatorische Netzwerke, insbesondere präfrontale Regionen, eine wichtige Rolle für den Umgang mit diesen Belastungen spielen.

Das Projekt verbindet sozialpsychologische Friedens- und Konfliktforschung mit affektiver Neurowissenschaft. Diese Verbindung ist gesellschaftlich relevant und wissenschaftlich originell, weil sie Aktivismus nicht allein als politisches Verhalten betrachtet, sondern auch als psychologisch anspruchsvolle Form des langfristigen Engagements in polarisierten Demokratien.

Aktivist*innen können wichtige Motoren gesellschaftlicher Veränderung sein: Sie machen Missstände sichtbar, mobilisieren Öffentlichkeit und tragen dazu bei, politische Prozesse anzustoßen. Gleichzeitig sind sie häufig mit Ablehnung, Desinformation, Hass, Überforderung und dem Gefühl konfrontiert, gegen schwer veränderbare Strukturen anzukämpfen. Das Projekt fragt daher nicht nur, was Menschen zum Engagement bewegt, sondern auch, welche emotionalen und neuronalen Mechanismen dazu beitragen, dass Engagement aufrechterhalten wird – oder in Rückzug, Erschöpfung und Distanzierung mündet.

Methodisch ist eine vergleichende Studie mit Aktivist*innen und nicht-aktivistischen Vergleichspersonen geplant. Die Teilnehmenden werden mit unterschiedlichen Arten von Klimainhalten konfrontiert: neutralen Inhalten und polarisierten Klimainhalten. Währenddessen werden neuronale Reaktionen mittels bildgebender Verfahren erfasst. Ergänzend werden psychologische Maße erhoben, darunter Indikatoren

für Stress, mentale Gesundheit, Bewältigungsstrategien, positive Bewertung und politische Engagementbereitschaft. Nach drei Monaten werden zentrale Verhaltens- und Gesundheitsindikatoren erneut erhoben, um zu prüfen, ob neuronale und emotionale Reaktionsmuster zukünftiges Engagement oder Rückzug vorhersagen können.

Die leitenden Fragestellungen des Projekts lauten: Welche neuronalen Muster treten auf, wenn Aktivist*innen mit polarisierten Klimainhalten konfrontiert werden? Unterscheiden sich Aktivist*innen und Nicht-Aktivist*innen in der emotionalen Verarbeitung und Regulation solcher Inhalte? Gibt es Hinweise auf Resilienzmechanismen, etwa eine stärkere funktionelle Verbindung zwischen emotionsverarbeitenden und präfrontal-regulatorischen Gehirnregionen? Und lassen sich aus diesen Mustern Rückschlüsse darauf ziehen, wer langfristig engagiert bleibt, wer sich zurückzieht und welche Rolle mentale Gesundheit und Sinnempfinden dabei spielen?

Die erwarteten Erkenntnisse sind sowohl für die Friedens- und Konfliktforschung als auch für die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen relevant. Wenn besser verstanden wird, welche Formen polarisierter Kommunikation emotional besonders belastend wirken und welche Mechanismen nachhaltiges Engagement stützen, können daraus Impulse für Trainings, Reflexionsformate und Unterstützungsangebote entstehen.

Between Arms and Advocacy: Gender, Climate, and Conflict in Myanmar

Projektleitung
Dr. Evelyn Pauls
Institution
Berghof Foundation
Fördersumme
59,940 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 12 Monate

Friedens- und klimapolitische Instrumente setzen häufig staatliche Handlungsfähigkeit voraus. Doch in vielen Konfliktgebieten sind staatliche Institutionen kaum präsent oder nicht die entscheidenden politischen Instanzen. Menschen leben dort unter umkämpften Machtverhältnissen, in denen staatliche Stellen, lokale Verwaltungen, zivilgesellschaftliche Strukturen und nichtstaatliche bewaffnete Akteure miteinander konkurrieren oder Parallelstrukturen geschaffen haben. Hier setzt dieses Pilotprojekt an. Es wird untersucht, wie Klimakrise, Umweltveränderungen und bewaffneter Konflikt zusammenwirken und wie diese Dynamiken gegenderte Ungleichheiten verstärken oder politisch aufladen.

Im Zentrum stehen drei leitende Fragen. Erstens, wie wird Klima- und Umweltpolitik in Gebieten gestaltet, die unter dem Einfluss nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen oder hybrider Autoritäten stehen? Zweitens untersucht das Projekt, wie Frauen in solchen Kontexten Klimarisiken, Umweltschäden und Konfliktdynamiken erleben und mit ihnen umgehen. Drittens fragt das Projekt, unter welchen Bedingungen Umwelt- und Anpassungsmaßnahmen Ungleichheiten und Konflikte verschärfen oder Möglichkeiten für inklusivere Entscheidungsprozesse und Konflikttransformation schaffen.

Die gesellschaftliche Relevanz des Vorhabens liegt darin, dass besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen häufig gerade dort leben, wo internationale Klimapolitik kaum ankommt. Viele Anpassungsprogramme orientieren sich an staatlichen Institutionen, nationalen Strategien und formalen Verwaltungswegen. Dadurch geraten Gemeinschaften in umkämpften Räumen leicht aus dem Blick internationaler Klimapolitik. Zugleich erscheinen Frauen in Debatten über Klimakrise und Konflikt oft vor allem als vulnerable Gruppe. Natürlich prägen Vertreibung, militarisierte Gewalt, ungleicher Zugang zu Land, prekäre Lebensgrundlagen und die geschlechtsspezifische Verteilung von Sorge- und Versorgungsarbeit, wie Klimarisiken erfahren werden. Das Projekt rückt jedoch zusätzlich die politische Handlungsfähigkeit von Frauen und (scheinbar) marginalisierten Gruppen in diesen Kontexten in den Blick. Es nimmt Frauen nicht nur als Betroffene, sondern auch als Akteurinnen in Umweltinitiativen, lokaler Governance, politischer Mobilisierung und alltäglicher Friedensarbeit ernst.

Myanmar und insbesondere der Karen State stellen für diesen Forschungskomplex einen aufschlussreichen Fall dar. Dort treffen langandauernder Konflikt, umkämpfte territoriale Kontrolle, Vertreibung und eine starke Abhängigkeit vieler Lebensgrundlagen von Land und Wäldern auf akute Umwelt- und Klimarisiken. Die Karen National Union (KNU) übernimmt in Teilen des Gebiets Governance-Funktionen und verfügt über eigene Ansätze in der Land-, Wald- und Umweltpolitik. Damit entsteht ein Raum, in dem Klimagovernance nicht einfach als staatliche Politik verstanden werden kann. Zugleich ist der Kontext durch starke Frauenorganisationen und gleichzeitig weiterhin männlich dominierte Entscheidungsstrukturen geprägt. Gerade diese Spannung macht sichtbar, wie unterschiedlich Teilhabe, Einfluss und Schutz in hybriden politischen Ordnungen verteilt sind.

Methodisch ist das Projekt als zwölfmonatige Pilotstudie angelegt. Die Forschung wird ge-

meinsam mit einer Forscherin aus Myanmar durchgeführt, um die Forschung möglichst kontextsensibel, reflexiv und zugänglich zu gestalten. Forschungsfragen, Methodik und analytisches Framework werden nicht allein vorab festgelegt, sondern im Projektverlauf gemeinsam geschärft. Vorgesehen sind Interviews, partizipative Dialoge und Workshops sowie der Einsatz von Photovoice. Mit dieser Methode können Teilnehmer*innen fotografisch und narrativ ihre Erfahrungen mit Klimarisiken, Umweltveränderungen und Konfliktalltag festhalten. Wissensproduktion wird damit nicht als bloße Datenerhebung über betroffene Gemeinschaften verstanden, sondern als kooperativer Prozess, in dem lokale Perspektiven den analytischen Rahmen mitbestimmen und Schlussfolgerungen selbst darstellen können.

Die erwarteten Erkenntnisse sind für Wissenschaft, Politik und Praxis relevant. Wissenschaftlich trägt das Projekt dazu bei, die Gender-Klima-Konflikt-Nexus über staatenzentrierte Ansätze hinaus zu denken und die Rolle nichtstaatlicher bewaffneter Akteure in der Klima- und Umweltgovernance genauer zu erfassen. Für politische Entscheidungsträger*innen, Geber*innen und Praktiker*innen kann das Projekt Erkenntnisse liefern, wie Klimaanpassung in hybriden politischen Ordnungen konflikt- und gendersensibel gestaltet werden kann. Ziel ist es, lokal verankerte Perspektiven in handlungsorientierte Empfehlungen zu übersetzen und zugleich sichtbar zu machen, wie Frauen in umkämpften Räumen nicht nur mit mehrfachen Krisen umgehen, sondern auch eigene Formen von Schutz, Umweltpolitik und Friedensarbeit entwickeln.

"Peace with Nature": Conflict Dynamics, Environmental Protection and Community Strategies in Colombia

Projektleitung
Prof. Dr. Solveig Richter
Institution
Universität Leipzig
Fördersumme
59,850 Tsd. Euro
Projektpauschale
11,970 Tsd. Euro
Gesamte Fördermittel
71,820 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 18 Monate

> *„Wir wollen einen Gipfel für die Menschen veranstalten (…) und möchten, dass die Stimmen derer, die sich um die biologische Vielfalt (…) kümmern, von den Regierungen gehört werden."* (CaracolRadio2024).

Mit diesem Zitat kündigte die damalige kolumbianische Umweltministerin das Motto „Frieden mit der Natur" (Paz con la Naturaleza) für die Vertragsstaatenkonferenz (COP16) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) im Oktober 2024 an. Es verweist auf eine entscheidende Lücke in Forschung und Politik: die fehlende Verbindung zwischen (inter-) nationalen Akteur*innen, Forschenden oder Entscheidungsträger*innen einerseits und den Strategien der lokalen Gemeinschaften zum Schutz der Natur andererseits.

Die doppelte Krise des Biodiversitätsverlusts und des Klimawandels hat die außerordentliche Vulnerabilität der Bevölkerung in den fragilen, von Konflikten geprägten Ländern des Globalen Südens, vor allem in ländlichen Regionen, offengelegt. Diese sind oft durch fehlende grundlegende Infrastruktur, weit verbreitete staatliche Vernachlässigung bei der Versorgung und öffentlichen Ordnung (Sicherheit) sowie durch die Präsenz nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen gekennzeichnet. Transformative und inklusive Ansätze sind heute zentrale Forderungen im globalen Umweltschutz (siehe beispielsweise IPBES 2024), doch ihre Umsetzung scheitert oft an der fehlenden Einbindung indigener Gruppen und lokaler Gemeinschaften (Indigenous People and Local Communities, IPLCs). Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen beginnen erst, die Strategien der Gemeinschaften zur Umsetzung globaler Initiativen vor Ort zu verstehen.

Kolumbien ist ein Paradebeispiel: Das Friedensabkommen von 2016 eröffnete neue Möglichkeiten für den Umweltschutz und die Forschung in zuvor von bewaffneten Konflikten betroffenen Regionen. Gleichzeitig veränderten sich die Landnutzungsdynamiken nach dem Ende des Konflikts: Entwaldung und illegaler Bergbau nahmen zu und stellten Naturschutz sowie lokale Gemeinschaften vor neue Herausforderungen. Die kolumbianische Verfassung integriert weitreichend Rechte, Pflichten und Institutionen, die es Einzelpersonen, Gemeinschaften und sozialen Organisationen ermöglichen, sich am Schutz und an der Verteidigung von Umweltrechten zu beteiligen. Während Rechte und Pflichten klar formuliert sind, sehen sich Umweltaktivist*innen jedoch oft Bedrohungen durch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen und einem eingeschränkten Zugang zu staatlichen Institutionen ausgesetzt. In der Forschung sind multidisziplinäre Studien, die Perspektiven aus den Naturwissenschaften (z. B. Geowissenschaften, Biologie und Ökologie) und den Sozialwissenschaften (z. B. Politikwissenschaft und Anthropologie) miteinander verbinden, selten. Doch soziale Systeme und Ökosysteme bilden auf lokaler Ebene eine wechselseitig abhängige, zugleich verflochtene und komplexe Beziehung. Ein Verständnis dafür zu entwickeln ist zentral, damit Umwelt- und Klimaschutz funktionieren. Vor diesem Hintergrund untersucht das Pilotprojekt folgende Forschungsfragen:

- Wie können wir die Dynamiken des gemeinschaftsgetriebenen Naturschutzes in Konfliktgesellschaften durch interdisziplinäre Ansätze besser verstehen?

- Wie lassen sich Daten und Wissen mit den Bedürfnissen und Perspektiven lokaler Gemeinschaften verknüpfen?

Das Projekt verfolgt drei Hauptziele: Erstens werden unter Anwendung eines Mixed-Methods-Ansatzes Primärdaten erhoben. Zweitens wird den Gemeinden in Kolumbien im Rahmen partizipativer Aktionsforschung ein Raum geboten, um auf lokaler Ebene eine transformative Umweltpolitik zu gestalten. Drittens wird dieses Wissen durch den Transfer in nationale und globale politische Entscheidungsprozesse weiterverbreitet.

Die Ergebnisse leisten einen Beitrag zum besseren Verständnis gemeinschaftsbasierter Naturschutzpraktiken in Konfliktkontexten und zeigen auf, wie lokales Wissen systematisch in nationale und internationale Umweltpolitik integriert werden kann. Gleichzeitig schafft das Projekt Grundlagen für interdisziplinäre Forschung an der Schnittstelle von Umwelt-, Friedens- und Datenwissenschaften und liefert praxisrelevante Erkenntnisse für Entscheidungsträger*innen und lokale Akteur*innen auch in Deutschland.

Positionierungen im landwirtschaftlichen sozial-ökologischen Transformationskonflikt

Projektleitung
Dr. Adrian Rothers und
Prof. Dr. Lisa Bogerts
Institution
Universität Marburg,
Freie Universität Berlin
Fördersumme
59,644 Tsd. Euro
Projektpauschale
11,929 Tsd. Euro
Gesamte Fördermittel
71,573 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 6 Monate

Die Bauernproteste der vergangenen Jahre in mehreren europäischen Ländern markieren einen breit angelegten Widerstand gegenüber Elementen der sozial-ökologischen Transformation der Landwirtschaft. Neben der Kritik an spezifischen Maßnahmen mit ökologischem Fokus – etwa der geplanten Streichung der Agrardiesel-Subvention – traten innerhalb des heterogenen Feldes landwirtschaftlicher Akteurinnen und Akteure sehr unterschiedliche Beschreibungen und Deutungen der Probleme des landwirtschaftlichen Sektors sowie sehr unterschiedliche Lösungsvorstellungen zutage.

Um diese komplexen Auseinandersetzungen analytisch zu fassen und Ansatzpunkte für tragfähige Transformationspfade zu identifizieren, benötigt es systematisches Tiefenwissen über die Wahrnehmungen und Positionierungen landwirtschaftlicher Akteure. Das Projekt untersucht daher konfliktleitende soziale Repräsentationen in zwei zentralen Themenfeldern:

(1) Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Anerkennung und

(2) Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit in der politischen Ökonomie der Landwirtschaft.

Als Kerndimensionen sozialer Gerechtigkeit sind – so unsere Annahme – in diesen Feldern entscheidende Wahrnehmungen zu finden, um das Konfliktgeschehen rund um die landwirtschaftliche Transformation zu verstehen.

Im Themenfeld Anerkennung wird der Frage nachgegangen, wie Landwirtinnen und Landwirte ihre gesellschaftliche Rolle und die ihnen entgegengebrachte Wertschätzung deuten. Mögliche Beispiele sind Spannungen zwischen der Selbstwahrnehmung als unverzichtbare Lebensmittelproduzentinnen und der Erfahrung öffentlicher Kritik, etwa im Zusammenhang mit Fragen des Tierwohls oder des Umweltschutzes. Als ebenfalls anerkennungsrelevant könnte sich die Wahrnehmung einer Überfrachtung des Berufsstandes mit gesellschaftlichen Erwartungen, die weit über die reine Produktion hinausgehen, mangelnde Berechenbarkeit politischer Vorgaben oder eine empfundene „Gängelung“ durch detailreiche Dokumentationspflichten landwirtschaftlicher Arbeit erweisen.

Im Themenfeld Verteilungsgerechtigkeit stehen grundlegende Vorstellungen darüber im Mittelpunkt, wie ökonomische Chancen, Lasten und Entscheidungsfreiheiten innerhalb des Agrarsektors verteilt sein sollten, und wie Landwirtinnen und Landwirte diese Verteilungen aktuell wahrnehmen. Mögliche thematische Beispiele sind die Stellung landwirtschaftlicher Betriebe innerhalb der Wertschöpfungskette, einschließlich Fragen von Preisbildung, Marktstrukturen und Verhandlungsmacht. Ebenfalls von Interesse sind die Ausrichtung der Produktion im Sinne multifunktionaler vs. produktivistischer Paradigmen oder Einstellungen zu Boden- und internationaler Handelspolitik.

Für beide Themenbereiche wird jeweils eine Q-methodologische Studie durchgeführt. Dabei werden relevante Sichtweisen und Argumentationsmuster aus akademischen und nicht-akademischen Quellen systematisch zusammengeführt und den Teilnehmenden zur Bewertung vorgelegt. Aus den Antwortmustern entstehen verdichtete typische Sichtweisen – sogenannte soziale Repräsentationen –, die eine differenzierte und empirisch fundierte Rekonstruktion konfliktleitender Wahrnehmungen ermöglichen. In Kombination mit sozioökonomischen Daten der Befragten und ihrer Betriebe lassen sich diese Repräsentationen in ihrer sozialstrukturellen Eingebettetheit analysieren.

Die Ergebnisse erlauben nicht nur ein tiefes Verständnis zentraler Konfliktlinien innerhalb des Landwirtschaftssektors, sondern werden darüber hinaus mit Modellen des gesamtgesellschaftlichen sozial-ökologischen Transformationskonflikts in Beziehung gesetzt. Dadurch können Strukturähnlichkeiten und Unterschiede zwischen sektoralen und gesellschaftsweiten Dynamiken identifiziert werden. Insgesamt trägt das Projekt zu einer empirisch fundierten Analyse der Bedingungen, Herausforderungen und Potenziale einer sozial-ökologischen Transformation der Landwirtschaft bei.



© LISA BOGERTS

Wissensproduktion im Kontext von Frieden, Konflikten und Umwelt: Klima- und Nachhaltigkeitsforschung in den arabischen Golfmonarchien

Projektleitung
Dr. Sebastian Sons
Institution
Center of Applied Research in Partnership with the Orient e. V., Bonn
Fördersumme
59,985 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Pilotprojekt, 8 Monate

Die arabischen Golfstaaten stehen vor gravierenden Herausforderungen, die durch den Klimawandel und Umweltdegradation verschärft werden und vielfach die regionale Sicherheit beeinträchtigen. Die Golfstaaten befinden sich in einem Dilemma zwischen der Erhaltung ihres Wohlstands und der notwendigen Anpassung an die Klimakrise. Sie reagieren zunehmend aktiv auf die Klimakrise – durch nationale Nachhaltigkeitsstrategien, Investitionen in erneuerbare Energien, Ausbau der Forschungskapazitäten oder Technologieentwicklung. Diese Maßnahmen gelten als notwendige Anpassungsstrategien, um Wohlstand, Versorgungssicherheit und geopolitischen Einfluss zu sichern. Gleichzeitig bergen sie erhebliche Konfliktpotenziale: Sie verändern Machtverhältnisse, erzeugen soziale Spannungen und verschieben Diskurse über Legitimität, Gerechtigkeit und Sicherheit.

Das Vorhaben verbindet akteurszentrierte Forschung zu Klima- und Umweltveränderungen mit Friedens- und Konfliktforschung, wodurch es eine wichtige Forschungslücke schließt. Besonders für die arabischen Golfstaaten besteht eine Forschungsleerstelle: Es mangelt an einer analytischen Aufarbeitung der vorhandenen Wissensproduzenten sowie einer Forschungsdiskussion von Klima- und Nachhaltigkeitspolitik im Kontext von Frieden und Sicherheit. Auch das Spannungsverhältnis zwischen Wissensproduzenten und staatlicher Entscheidungsfindung wird im Bereich der Klimaforschung bislang kaum erforscht. Das geplante Forschungsvorhaben füllt diese Lücken durch die Analyse von Akteursgruppen, die Wissen generieren und Aushandlungsprozesse im Klima- und Umweltbereich mitgestalten. So soll analysiert werden, in welcher Form diese Wissensproduzenten integrative und konfliktsensitive Forschungsansätze fördern, um den wissenschaftlichen Dialog und die Vernetzung untereinander sowie mit externen Wissensakteuren außerhalb der Golfstaaten (z. B. in Asien und Afrika) auszubauen und damit neue Formen der Kooperation und Lösungen zu nachhaltiger Konfliktbearbeitung zu entwickeln und welchen Einschränkungen sie unterliegen. Es wird also betrachtet, inwieweit sich golfarabische Wissensproduzenten trotz ihrer Verortung in autoritären Kontexten auf Themen des Environmental Peacebuilding konzentrieren können und dürfen und somit Wissensnetzwerke im Rahmen des „Globalen Südens" herstellen.

Dazu wird ein akteurszentrierter Ansatz gewählt, indem Forschungsinstitutionen wie Universitäten, Forschungsinstitute und Think Tanks in vier ausgewählten Golfmonarchien (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Oman) in der Wissensproduktion in den politischen Kontext eingeordnet und ihre Rolle im Hinblick auf die Adaptierung von Anpassungsstrategien analysiert werden. Das mehrstufige Forschungsdesign untersucht die Akteure in den Bereichen Umwelt, Migration, Gender und Geopolitik und umfasst

(1) den Zugang zu Netzwerken von in den Golfstaaten ansässigen Forschungsinstitutionen,

(2) die Durchführung von semi-strukturierten Experteninterviews mit Vertreter*innen dieser Institutionen,

(3) Workshops zur Vernetzung regionaler Akteure

(4) die Einordnung der Ergebnisse in politische Machtstrukturen sowie

(5) die Analyse des Potenzials für interregionalen Wissensaustausch.

Die weitgehend staatlich kontrollierte Wissensproduktion zu Klima- und Nachhaltigkeitspolitik spielt in den arabischen Golfstaaten eine zentrale Rolle. Forschungsinstitute, Think Tanks und Universitäten werden zu Vermittlern, Übersetzern und Legitimationsinstanzen dieser Anpassungsstrategien. Deren Forschung und Arbeit wirkt sich daher auch auf politische Strategien und Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise aus, da sie häufig im Auftrag von politischen Akteuren Wissensproduktion betreiben, aber auch eigene Akzente setzen können. Sie können somit mit ihrer Wissensproduktion friedensfördernde Narrative fördern oder bestehende Machtasymmetrien verfestigen und bewegen sich in einem komplexen Kontext von teilweise limitierten Wissenschafts- und Gestaltungsräumen. Vor diesem Hintergrund untersucht das Projekt diese Dynamiken aus einer friedens- und konfliktwissenschaftlichen Perspektive. Es analysiert, wie Wissen über Klima und Nachhaltigkeit in autoritären Kontexten entsteht, politisch gerahmt wird und zur Bewältigung oder Verschärfung von Adaptionskonflikten beiträgt. Ziel ist es somit, eine wissenschaftliche Grundlage zu schaffen, die dazu beiträgt, die heterogene und intransparente Akteurslandschaft in der golfarabischen Klima- und Nachhaltigkeitsforschung besser zu verstehen sowie ihre Rolle in einem autoritären politischen Kontext und deren Motivationen dekonstruieren zu können.

Unter Druck: Wasserknappheit und die Herausforderungen der Energiewende in Lateinamerika und Nahost

Projektleitung
Dr. Johanna Höhl und
Dr. Tobias Zumbrägel
Institution
Department für Geografie,
Ludwig-Maximilians-Universität München
Fördersumme
174,940 Tsd. Euro
Projektpauschale
34,988 Tsd. Euro
Gesamte Fördermittel
209,928 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Profilprojekt, 30 Monate

Der Klimawandel zählt zu den zentralen Sicherheitsherausforderungen des 21. Jahrhunderts. Während seine biophysikalischen Folgen umfassend erforscht sind, besteht weiterhin keine klare Verbindung zu sicherheitspolitischen Erwägungen, insbesondere im Hinblick auf klima-politische Maßnahmen. So birgt etwa der steigende Wasserbedarf im Zuge der Energietransformation, u.a. durch Wasserstoffproduktion, sowie zunehmende Wasserverschmutzung, beispielsweise durch Rohstoffabbau, erhebliches Konfliktpotenzial. Bestehende Forschung verweist zwar auf die negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen grüner Technologien, doch damit verbundene Nutzungskonflikte um Wasser sowie mögliche (lokale) Lösungsansätze werden kaum betrachtet.

Hier setzt das Projekt an und untersucht den Wasser-Energie(transition)-Konflikt-Nexus mit Fokus auf klimapolitischen Maßnahmen. Leitend sind folgende Fragen: Wann, wie und durch welche Mechanismen führen klima- und umweltbezogene Stressfaktoren zu Konflikten? Unter welchen Bedingungen entstehen Kooperationen? Wie beeinflussen sich Konflikt-, Anpassungs- und Kooperationsstrategien wechselseitig über lokale, nationale und transnationale Ebenen hinweg? Und welche Rolle spielen Governance-Strukturen, Wissensformen und lokales Ownership bei der Verteilung und Nutzung von Wasserressourcen? Ziel ist es, bislang fragmentierte Perspektiven zu integrieren und die sicherheitspolitischen Dimensionen der Energiewende systematisch zu erfassen.

Das Forschungsprojekt verfolgt einen interdisziplinären, transregionalen Mixed-Methods-Ansatz und stützt sich auf Fallstudien aus Lateinamerika und dem Nahen Osten. Der Forschungsprozess gliedert sich in drei Phasen:

1. Kontext- und Konfliktanalyse: Zunächst werden klimatische, sozioökonomische und politische Rahmenbedingungen systematisch erhoben. Quantitative Verfahren (z. B. ökonometrische Analysen) werden mit qualitativen Methoden wie Feldforschung und Experteninterviews kombiniert, um Konfliktdynamiken im Wasser-Energie-Nexus zu identifizieren.

2. Akteursanalyse: In einem zweiten Schritt werden zentrale Akteure, ihre Strategien und Interaktionen auf unterschiedlichen Ebenen untersucht. Vertiefende Interviews und Stakeholder-Workshops ermöglichen eine systematische Erfassung von Interessen, Machtverhältnissen und Aushandlungsprozessen.

3. Interdependenz- und Mehrebenenanalyse: Abschließend werden die Wechselwirkungen zwischen Konflikt-, Kooperations- und Anpassungsstrategien analysiert. Mithilfe sozialer Netzwerkanalysen und weiterer Mixed-Methods-Verfahren wird untersucht, welche Faktoren zu Konflikten oder kooperativen Lösungen beitragen.

Der gesamte Prozess wird durch den kontinuierlichen Austausch mit lokalen Stakeholdern begleitet. Die Ergebnisse werden in Workshops validiert und sowohl wissenschaftlich als auch praxisorientiert aufbereitet. Dadurch wird sichergestellt, dass kontextspezifisches Wissen sowie lokale Perspektiven integraler Bestandteil der Analyse sind.

Die Ergebnisse des Projekts sind hochrelevant für Politik, Entwicklungszusammenarbeit und Ressourcenmanagement. Erstens liefern sie evidenzbasierte Erkenntnisse darüber, welche klimapolitischen Maßnahmen wie zu Konflikten führen. Zweitens tragen sie zur Entwicklung von Wassergovernance-Modellen bei, die sowohl physische Verfügbarkeit als auch soziale Zugangsfragen berücksichtigen. Drittens ermöglicht die systematische Einbindung lokalen Wissens und die Stärkung von Ownership die Anpassung von friedenspolitischen Maßnahmen an regionale Gegebenheiten sowie die Erhöhung ihrer Akzeptanz.

Schließlich sollen die Ergebnisse dazu beitragen, dass die Energietransformation sozial verträglich gestaltet wird und somit auch sicherheitspolitisch stabil ist. Erkenntnisse aus Klimaforschung, Konfliktforschung und Governance-Analysen werden miteinander verbunden, wodurch ein wichtiger Beitrag zur Bewältigung der globalen Herausforderungen, verbunden mit Klimawandel, Ressourcenknappheit und sozialer Ungleichheit, geleistet werden kann.

© JOHANNA HÖHL





© JOHANNA HÖHL

Gender, Climate Change Vulnerability, and Psychosocial Health and Wellbeing: The Co-production of Resilience

Projektleitung
Prof. Dr. Tobias Hecker
Institution
Institut für interdisziplinäre Konflikt- & Gewaltforschung, Universität Bielefeld
Fördersumme
249,980 Tsd. Euro
Projektpauschale
49,996 Tsd. Euro
Gesamte Fördermittel
299,976 Tsd. Euro
Projektlaufzeit
Kooperationsprojekt, 30 Monate

Der Klimawandel gilt als eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Besonders stark betroffen sind ländliche Regionen in Afrika, in denen viele Menschen von der Landwirtschaft und damit direkt von ausreichendem Wasser abhängig sind. Dürren, unregelmäßige Regenzeiten und extreme Hitze verschärfen die Wasserknappheit – mit weitreichenden Folgen für Gesundheit, soziale Beziehungen und den gesellschaftlichen Frieden. Unser Projekt untersucht, wie Klimawandel, psychische Belastungen und soziale Konflikte zusammenhängen und wie sich die Widerstandskraft („Resilienz") von besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen stärken lässt.

Im Mittelpunkt stehen drei ländliche Gemeinden in Tansania. Dort erforschen wir, wie klimabedingte Ressourcenknappheit – insbesondere Wasserknappheit – Stress, psychische Belastungen und zwischenmenschliche Gewalt beeinflusst. Frauen und Mädchen sind besonders betroffen, da sie häufig für die Wasserbeschaffung zuständig sind und in Krisenzeiten einem erhöhten Risiko für Gewalt ausgesetzt sein können. Auch ältere Menschen und einkommensarme Haushalte tragen ein erhöhtes Risiko.

Unser Ansatz verbindet Erkenntnisse aus Psychologie, Gesundheitsforschung, Geographie sowie Umwelt- und Politikwissenschaft. Bisher konzentrieren sich viele Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel vor allem auf technische Lösungen, wie dürreresistente Pflanzen oder neue Bewässerungssysteme. Diese sind wichtig, greifen jedoch oft zu kurz, wenn psychische Belastungen, Misstrauen oder Konflikte die Umsetzung erschweren. Wir gehen davon aus, dass chronischer Stress dazu führen kann, dass Menschen weniger bereit sind, neue Wege zu gehen, Risiken einzugehen oder gemeinschaftlich zu handeln – alles Faktoren, die für erfolgreiche Anpassung entscheidend sind.

Das Projekt umfasst zwei zentrale Komponenten. Zunächst führen wir umfangreiche Befragungen in den beteiligten Gemeinden durch – jeweils zu zwei Zeitpunkten im Abstand von etwa einem Jahr. Dabei erheben wir Daten zu Wasser- und Ernährungssicherheit, Gesundheit und Wohlbefinden, Erfahrungen mit Gewalt, Vertrauen und Kooperationsbereitschaft sowie zu konkreten Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel. Zusätzlich nutzen wir Satellitendaten, um klimatische Veränderungen wie Dürren objektiv zu erfassen. So können wir besser verstehen, wie Umweltveränderungen, psychische Belastungen und soziale Dynamiken zusammenwirken.

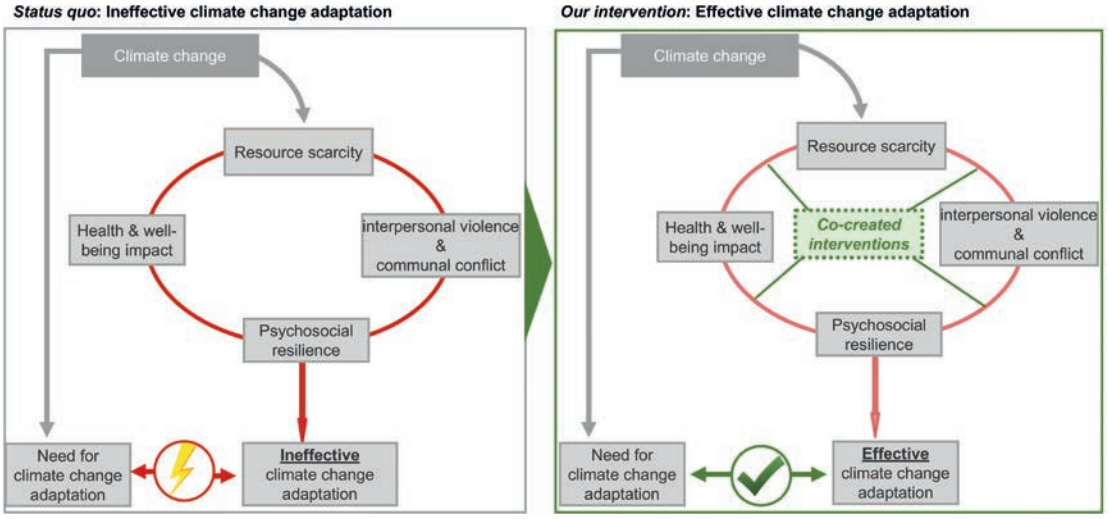
Im zweiten Schritt entwickeln wir gemeinsam mit lokalen Partnern konkrete Maßnahmen. In moderierten Dialogformaten bringen wir Gemeindemitglieder, lokale Entscheidungsträger, Nichtregierungsorganisationen und Forschende zusammen. Ziel ist es, technische Anpassungsmaßnahmen – etwa im Bereich Wassermanagement oder klimaangepasster Landwirtschaft – mit niedrigschwelligen psychologischen Unterstützungsangeboten zu verbinden. Diese orientieren sich an bewährten Programmen der Weltgesundheitsorganisation und werden

gemeinsam an die kulturellen und sozialen Gegebenheiten vor Ort angepasst. Anschließend werden die entwickelten Maßnahmen in zwei Gemeinden erprobt und ihre Umsetzbarkeit wissenschaftlich begleitet.

Ein zentrales Anliegen des Projekts ist die Stärkung von Frauen, älteren Menschen und anderen benachteiligten Gruppen. Durch einen partizipativen Ansatz stellen wir sicher, dass ihre Perspektiven in die Entwicklung der Maßnahmen einfließen. Gleichzeitig fördern wir den wissenschaftlichen Nachwuchs in Tansania durch enge Kooperationen mit lokalen Universitäten und die Einbindung junger Forschender.

Langfristig soll das Projekt dazu beitragen, Klimaanpassung ganzheitlich zu denken: Nicht nur als technische Herausforderung, sondern als soziale und psychologische Aufgabe. Wenn es gelingt, psychische Gesundheit, Vertrauen und Zusammenarbeit zu stärken, können Gemeinschaften besser auf klimabedingte Veränderungen reagieren. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen auch über Tansania hinaus nutzbar sein und Impulse für nachhaltige, gerechte und friedensfördernde Klimaanpassungsstrategien in anderen Regionen geben.

© HECKER



Von unwirksamer zu wirksamer Klimaanpassung: Entwicklung von gemeinsam entwickelten Maßnahmen, die technische Anpassungen und psychologische Unterstützung vereinen.

Strategietagungen

Außerhalb des Förderkonzeptes stehen der Stiftung aus der Zuwendung des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) finanzielle Mittel für ein Fördermodul strategische Vernetzung und Wissenschaftskommunikation zur Verfügung. Ziel dieses zusätzlichen Förderangebots ist es, Fachdisziplinen, die nicht in den Kerndisziplinen und -institutionen der Friedens- und Konfliktforschung angesiedelt oder strukturell, z. B. über Professuren mit einschlägiger Denomination, verankert sind, stärker in das Forschungsfeld einzubinden. Hiermit greift die DSF eine entsprechende Empfehlung der Wissenschaftsratsevaluation auf. Die Stiftung will mit dem Fördermodul neue Impulse für Forschungskooperationen und Netzwerkbildungen wie auch zur Entwicklung innovativer Projektanträge geben. In die Tagungen sollen insbesondere junge Wissenschaftler*innen mit thematisch relevanten Forschungsinteressen eingebunden werden.

Global Perspectives on Peace Education

Projektleitung
Dr. Melanie Hussak
Institution
Friedensinstitut Freiburg/
Evangelische Hochschule Freiburg
Fördersumme
40,393 Tsd. Euro
Projektformat
Strategietagung,
Freiburg, 09. bis 11. Juli 2025

Innergesellschaftliche Gewaltpotentiale, globales Kriegsgeschehen und zunehmende Verunsicherung in der Gesellschaft: In diesem Kontext wachsen auch die Erwartungen an die Friedenspädagogik in Theorie und Praxis. Demgegenüber ist die Friedenspädagogik im deutschsprachigen Raum vor allem im Hochschulbereich nur schwach institutionalisiert. Dadurch konnten in der Vergangenheit viele wichtige Fragestellungen trotz einer großen Erfahrungsvielfalt in der Praxis nicht systematisch bearbeitet werden.

Ziel der Strategietagung war es daher, wissenschaftlich fundierte Grundlagen und Standards der Friedenspädagogik zu erarbeiten, die sowohl im Bereich der Forschung als auch der Praxis Anregungen bieten. Darüber hinaus sollte durch eine internationale Vernetzung eine Profilbildung und Etablierung der Friedenspädagogik in der deutschsprachigen Friedens- und Forschungslandschaft erreicht werden. Aufgrund der Strategietagung kann die deutschsprachige Friedenspädagogik noch stärker von den Diskursen internationaler Forschender zu Themen der Friedenspädagogik profitieren.

An der Tagung nahmen 15 Friedenspädagog*innen von Institutionen deutschsprachiger Länder sowie 11 aus Europa, Südwestasien, Nord- und Südamerika sowie Westafrika teil. In Freiburg diskutierten sie gemeinsam theoretisch-konzeptionelle Grundlagen und methodische Ansätze der Friedenspädagogik und erprobten einzelne Methoden auch praktisch. Die Veranstaltung war interdisziplinär ausgerichtet, die friedenspädagogischen Beiträge wurden mit politikwissenschaftlichen, philosophischen und theologischen Perspektiven in Austausch gebracht. Die Vortragenden aller wissenschaftlichen Karrierephasen unterstrichen mit ihrer Vielfalt den Anspruch, Friedenspädagogik breit und inklusiv zu denken.

Um auch Studierende und Wissenschaftler*innen früher Karrierephasen (MA-Niveau, darunter Studierende des MA-Friedenspädagogik der EH Freiburg) aktiv zu fördern, hatten diese bereits im Vorfeld der Tagung die Möglichkeit, Einblicke in die Forschung von zwei internationalen

Gästen zu erhalten und sich neben konkreten Inhalten auch über Berufswege in der Friedenspädagogik auszutauschen.

Thematisch nahm die Strategietagung Bezug auf drei in der deutschsprachigen und internationalen Friedenspädagogik intensiv diskutierte Desiderata: die theoretisch-konzeptionellen Grundlagen und curricularen Entwicklungen, dekoloniale und machtkritische Perspektiven sowie Friedenspädagogik im Kontext von Krisen und Kriegen. Das Format der Strategietagung umfasste zunächst thematische Arbeitsgruppen entlang der drei Schwerpunkte, um durch Impulsbeiträge der Teilnehmenden einen vertieften Austausch und Erkenntnisgewinn zu ermöglichen. Mittels übergreifender friedenspädagogischer Leitfragen, die von den Arbeitsgruppen ergänzt und ausgeweitet wurden, gelang die Kommunikation über die thematischen Stränge hinweg. Auf die erste Arbeitsphase folgte eine Arbeitsphase in durchmischten Gruppen, die auf Basis des Erkenntnisgewinns der ersten Arbeitsphase an der Identifizierung von Standards und Forschungsdesiderata arbeiteten. Ein regelmäßiger Austausch und Diskussionsformate im Plenum ermöglichten den durchgehenden Dialog während der Tagung. Der Identifizierung von Forschungslücken folgte ein Format, das eine Vernetzung mit dem Ziel der Konkretisierung von Kooperations- und Forschungsprojekten hatte.

Das erste Panel diskutierte Beispiele aus dem Elementar- und Schulbereich, der Curriculum-Entwicklung an Hochschulen sowie in internationalen Trainingskontexten. Es verdeutlichte die Notwendigkeit einer strukturellen Verankerung der Friedenspädagogik, etwa in Lehrplänen, um nachhaltige Wirkung zu entfalten. Das zweite Panel thematisierte aktuelle Desiderata einer dekolonialen und machtkritischen Friedenspädagogik. Die Beiträge machten koloniale Kontinuitäten und epistemische Gewalt innerhalb der Disziplin sichtbar und plädierten für die Anerkennung pluriversaler Wissenssysteme, um bestehende globale Hierarchien abzubauen.

Das dritte Panel befasste sich mit friedenspädagogischer Arbeit in Krisen- und (Post-)Konfliktkontexten, etwa in Deutschland, Bosnien und Herzegowina oder der Andenregion.

Für die Forschung wurden drei zentrale Desiderata übergeordnet hervorgehoben: eine Beschäftigung mit der professionellen Reflexivität von Fachkräften in Krisenzeiten, die Rolle der Friedenspädagogik im Kontext von Demokratiegefährdungen sowie Perspektiven einer dekolonialen Friedenspädagogik, die über eine Phase kritischer Analyse hinaus in konkrete Umsetzungsschritte münden.

Die Beiträge der Teilnehmenden werden 2026 in einem Sammelband veröffentlicht. Darüber hinaus wird der Austausch im Rahmen einer kollegialen Fallberatungsrunde online fortgeführt. Diese hat das Friedensinstitut Freiburg seit September 2025 federführend aufgebaut; seit März 2026 finden monatliche kollegiale Fallberatungen statt. Die Ergebnisse der Strategietagung fließen somit kontinuierlich in die Aktivitäten der Beteiligten ein. Zudem werden gemeinsame Panels auf Konferenzen durchgeführt. Durch kooperative Antragsstellungen sollen die Ergebnisse in Forschungsprojekte überführt und weiterentwickelt werden.

Osteuropaforschung und die Friedens- und Konfliktforschung: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Forschungsagenda

Projektleitung
Prof. Dr. Gwendolyn Sasse
Institution
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin
Fördersumme
25 Tsd. Euro
Projektformat
Strategietagung,
Berlin, 11. bis 12. Dezember 2025

Russlands vollumfänglicher Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 unterstreicht die gesellschaftspolitische Relevanz sowohl der Osteuropaforschung als auch der Friedens- und Konfliktforschung. Beide Felder werden im öffentlichen Diskurs jedoch weitgehend getrennt wahrgenommen, obwohl erhebliche konzeptionelle und empirische Schnittmengen bestehen. Die Strategietagung 2025 schuf bewusst Diskussionsräume, um einen qualitativ neuen Austausch zwischen beiden interdisziplinären Feldern anzustoßen. Sie wurde von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) gefördert und vom Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) in Kooperation mit dem Peace Research Institute Frankfurt (PRIF) und der DSF durchgeführt. An der Tagung nahmen über 50 Wissenschaftler*innen aus 26 Institutionen teil – darunter zehn deutsche Universitäten sowie außeruniversitäre Forschungseinrichtungen aus der Osteuropa-, Friedens- und Konflikt-, Sicherheits- und Migrationsforschung. Die Zusammensetzung umfasste etablierte Forschende, Nachwuchswissenschaftler*innen sowie im kriegsbedingten Exil tätige Wissenschaftler*innen.

Die Tagung verfolgte vier zentrale Leitfragen: die Reflexion über das Selbstverständnis und die Abgrenzung beider Felder; die produktivere Nutzung ihrer Schnittmengen für neue Forschungsagenden; die Verbesserung der gemeinsamen Forschungspraxis und Wissenschaftskommunikation; sowie die Entwicklung konkreter Ideen für einen regelmäßigen institutionalisierten Austausch.

Die Tagung erstreckte sich über 1,5 Tage und folgte einem konsequenten Workshopformat: Thematische Kleingruppendiskussionen wechselten sich mit Plenumssitzungen ab; gezielte Inputs aus der Forschung dienten als Diskussionsimpulse. Am ersten Tag standen grundlegende Fragen zur Identität und Schnittmenge beider Forschungsfelder im Vordergrund, die anhand von Erfahrungen aus der Theologie/Religionswissenschaft (Regina Elsner, Universität Münster), der Südosteuropaforschung (Thorsten Gromes, PRIF) sowie der Politischen Ökonomie (Julia Langbein, ZOiS) diskutiert wurden. Eine zweite Kleingruppenrunde beleuchtete die interdisziplinären Projekte KonKoop, TraCe und PATTERN als Ausgangspunkt für einen Erfahrungsaustausch und Anknüpfungspunkte für neue Projekte.

Eine halböffentliche Abendveranstaltung im Town-Hall-Format unter Moderation von Gwendolyn Sasse (ZOiS) und mit Beteiligung von Vertreter*innen des Auswärtigen Amts (Michael Nowak) und der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (Markus Woelke) erörterte Möglichkeiten und Grenzen einer Szenarienentwicklung an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik.

Am zweiten Tag diskutierten Kleingruppen drei thematische Schwerpunkte für mögliche gemeinsame Forschungsagenden:

- Sicherheit und Ordnung: Verzahnung globaler, regionaler und lokaler Ordnungsvorstellungen; Handlungsräume

lokaler Akteure; Sicherheit als multidimensionales Konzept

- Umwelt, Klima und Ressourcen: Kriegsfolgen für Ressourcennutzung und Umwelt; methodische Fragen der Datenerhebung; Übersetzung in Policyrelevante Kommunikation

- Flucht und Nachkriegsordnung: Dynamiken kriegsbedingter Flucht; Verknüpfung von Migrations-, Regional- und Konfliktforschung; Implikationen für Wiederaufbau und Friedenssicherung

Eine Plenumsdiskussion über Wissenschaftskommunikation und Forschungspraxis sowie eine moderierte Ideensammlung für zukünftige Kooperationen bildeten den Abschluss der Tagung. Als konkrete Kooperationsideen wurden festgehalten:

(1) ein institutionsübergreifender Austausch zu (Un-)Sicherheit und Ordnungsvorstellungen als Grundlage für ein gemeinsames Forschungsprojekt;

(2) eine institutionalisierte Workshop- oder Veranstaltungsreihe zu Umwelt, Ressourcen und Konflikten;

(3) die gemeinsame Nutzung von Kommunikationsformaten des ZOiS und des PRIF, z. B. des ZOiS-Podcasts „Roundtable Osteuropa“ (zwei Folgen mit Bezug auf die Tagung wurden bereits produziert) sowie wechselseitiger Beiträge in Publikationsformaten.

Das interaktive Workshopformat ermöglichte einen qualitativ hochwertigen, disziplinenübergreifenden Austausch zwischen Wissenschaftler*innen und Institutionen, die bisher nur punktuell zusammengearbeitet hatten. Die Einbindung praxisnaher Akteur*innen in die Abendveranstaltung stärkte den Wissenstransfer. Die Diskussionen bestätigten, dass die Grenzen zwischen Osteuropaforschung und Friedens- und Konfliktforschung fließend sind. Politische Zäsuren wie Russlands Angriffskrieg führen dazu, dass Regionalwissenschaftler*innen zu Konfliktforscher*innen werden und umgekehrt. Im internationalen Vergleich ist diese Trennung weniger ausgeprägt als im deutschen Diskurs. Zugleich ist der Druck zu tagesaktueller Kommentierung und Policy-Beratung gestiegen, während Ressourcen für Grundlagenforschung begrenzt bleiben.

© ZOiS



Stiftungseigene Publikationen

Die stiftungseigenen Publikationsreihen sind ein fester Bestandteil der Wissenschaftskommunikation der DSF. Sie fassen die Ergebnisse aus geförderten Forschungsprojekten in kompakter Form zusammen oder dokumentieren die Veranstaltungen der Stiftung. Im zurückliegenden Jahr sind folgende Ausgaben erschienen, die digital oder auf Wunsch in einer gedruckten Ausgabe zur Verfügung stehen.

Forschung DSF No. 63, 2025 | **Myriell Fusser, Anika Oettler, Ilona Stahl, Shari Kohlmeyer, Angelika Rettberg und Luisa Betancourt Macuase**: Reconciliation in Colombia: Shared Viewpointsand Controversial Issues. Link.

Forschung DSF No. 64, 2025 | **Alexander Kelle und Oliver Meier**: Investigating and penalizing chemical weapons use. Global security governance and compliance with multilateral disarmament treaties. Link.

Forschung DSF No. 65, 2025 | **Jannis Saalfeld**: Party competition and collective jihadist radicalisation in sub-Saharan Africa. Link.

Forschung DSF No. 67, 2025 | **Alexandra Paulus, Christina Rupp und Sven Herpig**: The Cyber Normative Power of the Factual – How State Practice Shapes Cyber Norms The Case of Official Public Political Attribution of Cyber Operations. Link.

Forschung DSF No. 68, 2025 | **Mathias Kauff, Vera M. Straßburger, Oliver Christ**: Gesellschaftliche Integration durch Pro-Kontakt-Normen? Der Einfluss sozialer Normen auf die Bereitschaft zur Aufnahme von Intergruppenkontakt. Link.

Forschung DSF No. 69, 2025 | **Hannah Edler, Ulrike Krause, Abubakar Rugamba and Nadine Segadlo**: Peace in exile? Gender-sensitive analysis of displaced people's peace perceptions and practices. Link.

Forschung DSF No. 70 | **Antonie Schmiz, Henning Nuissl, Özge Yaka, Valentin Domann und Franziska Fröhlich**: Neuer Lokalismus: Ressource friedlicher Konfliktbearbeitung in Stadt und Land. Link.

Publikationen aus geförderten Forschungsprojekten

Die Publikationsliste umfasst sämtliche gedruckte und digitale Veröffentlichungen, die aus den geförderten Projekten hervorgegangen sind. Dazu zählen neben wissenschaftlichen Publikationen in Verlagen und wissenschaftlichen Zeitschriften auch Beiträge zu Blogs und audio-visuelle Produktionen sowie Zeitungsartikel. Die Liste erfasst nur die Veröffentlichungen, die der Stiftung mitgeteilt wurden.

Aust, Helmut Phillip und Cindy Wittke. 2025. Ein gerechter Frieden für die Ukraine: Waffen und Verhandlungen sind zwei Seiten einer Medaille. Fünf Thesen zu den völkerrechtlichen und politischen Rahmenbedingungen. In: Internationale Politik, 4 ,64-70. Link.

Bales, Marius und Max Mutschler. 2026. Why and How the African Union Should Act Against the Spread of Drones. BICC Policy brief. Bonn: Bonn International Centre for Conflict Studies.

Bandarra, Leonardo. 2025. (Re-)ordering from the periphery: hierarchy complexes and agency in the global nuclear order. In: Cambridge Review of International Affairs, 38(3), 363–390.

Behr, Hartmut und Felix Rösch. 2025. Discourses in global political theory: Reimagining peace in the 21st century through narratives of belonging. Palgrave Macmillan.

Eichler, Jessika, Philippe Boucher, Max V. Katner, Freddy S. Medina und Lorena Albornoz. 2025. Decolonising Epistemologies, Pluralising Justice: Insights from the Field of Indigenous Studies. Link.

Hübner, Jennifer, Hannah Jestädt, Jana Sämann und Erik Theuerkauf. 2025. Zwischen Parlament und Praxisfeld. Sozial Extra 49:432–437.

In Court. 2025. Mapping Access. Blog Post Series.

Jakobi, Anja P. 2025. Engaging in and with complexity: local actors, Mayors for Peace and the global nuclear order. In: Cambridge Review of International Affairs, 38(3), 319–341.

Oettler, Anika, Myriell Fusser, Ilona Stahl und Luisa Betancourt Macuase. 2025. How Reconciliation Underpins Peace and Development. Disentangling Meanings in Colombia. In: Journal of Peacebuilding & Development. Link.

Onderco, Michal. 2024. Nuclear regime complex and state relations in nuclear ordering. In: Cambridge Review of International Affairs, 38(3), 302–318.

Pleil, Helene. 2025. The State of Cyber Confidence-Building Measures: How Governments Implement Multilateral Measures to Create Trust in the Cyber Domain. Interface. Link.

Pretorius, Jolien und Tom Vaughan. 2024. Complexity, depoliticisation, and African nuclear ordering agency: a meso-level exploration. In: Cambridge Review of International Affairs, 38(3), 342–362.

Senn, Martin und Carmen Wunderlich. 2024. The complexity of nuclear (dis)ordering: a research agenda. In: Cambridge Review of International Affairs, 38(3), 259–279.

Walker, William. 2025. Reflections on complexity, nuclear ordering and disordering over time. In: Cambridge Review of International Affairs, 38(3), 280 –301.

Friedrich, J. (2025). Outcome Neutral? The Limits of Third-Party Mediation in Ending the War Against Ukraine, GPPI Policy brief, Global Public Policy Institute (GPPi).

Friedrich, J. (2025). Partners from the "Global South": A Way Towards New Alliances for Ukraine?. In A. Balcer (ed.): Poland, Germany and Ukraine at a Turning Point: Making or Breaking the Western Alliance (S. 9-12).

Glatz, R. L. (2025). How wars end. Clausewitz Gesellschaft.

Heinemann-Grüder, A. (2025). Wie Kriege (nicht) enden: Russland, die Ukraine und das Problem der Sicherheit. Zeitschrift Osteuropa, 75(11-12), 69-87.

Tagungsberichte

Die Liste umfasst die im Nachgang von Tagungen Vernetzungsprojekten verfassten Berichte der Veranstaltungen. Die Publikationen sind auf der Webseite der DSF einsehbar.

Asbrock, Frank, Sarah Buhl und Ann-Christin Schröder. 2025. Broadening the Scope: Intersectionality in Social Psychological Research Outside the U.S. Context - Chemnitz, 26. – 28. Juni 2025. zum Bericht > | zum Projekt >

Brunner, Benedikt und Sarah Jäger. 2025. „Nie wieder Krieg?" – Potenziale und Grenzen des Pazifismus in Geschichte und Gegenwart – Aachen, 04. – 06. Juni 2025. zum Bericht > | zum Projekt >

Hünecke, Silke. 2025. MEMORIAS DIVERGENTES – Gegenwärtige Formen des kollektiven Gedächtnisses in Bezug auf den (Spät-)Franquismus aus einer Gender- und Queerperspektive – Barcelona, 27. – 28. März 2025.
zum Bericht > | zum Projekt >

Karimi, Ahmad Milad. 2025. Friedenskultur – ein Schulfach? Möglichkeiten zur Kultivierung zum Frieden in der Schule – Münster, 09. – 11. Mai 2025. zum Bericht > | zum Projekt >

Mungen, Anno. 2025. Music, Violence, Memory in Auschwitz-Birkenau: Memory Project – Oświęcim (Poland), 28. November 2025.
zum Bericht > | zum Projekt >

Schilling, Janpeter, Anna-Lena Hönig, Samantha Ruppel, Timothy Williams und Julia Leib. 2025. Zwischen Fake News, Demokratiefeindlichkeit und Wissenschaftsskepsis: 56. Kolloquium der AFK – Landau, 19. – 21. März 2025.
zum Bericht > | zum Projekt >

Schlichte, Klaus und Roy Karadag. 2025. Die Herausforderungen von Weltfriedenspolitik heute. Symposium zum 85. Geburtstag von Prof. Dr. Dieter Senghaas – Bremen, 05. September 2025.
zum Bericht > | zum Projekt >

Steinl, Leonie und Kalika Mehta. 2025. Symposium – Intersectionality and International Criminal Justice – Münster, 05. – 06. Juni 2025.
zum Bericht > | zum Projekt >

Wisotzki, Simone. 2025. Von Fake News bis Cyberwar: Aktuelle Herausforderungen und Ansätze in der Friedens- und Konfliktforschung (Forschungstagung der Jungen AFK) – Landau, 18. – 19. März 2025.
zum Bericht > | zum Projekt >

Wolf, Johanna, Jochen Hafner, Claudia Schlaak und Angela Schrott. 2025. Umkämpfte Demokratien und der Kampf um ‚Wahrheiten': Macht(missbrauch) von Wort und Bild in der politischen Sprache – München, 27. – 29. November 2025. zum Bericht > | zum Projekt >

Parlamentarischer Abend

Parlamentarische Abende sind geschlossene Veranstaltungen, die sich unmittelbar an die Mitglieder des Deutschen Bundestages richten. Die Stiftung wählt hierfür aktuelle friedens- und sicherheitspolitische Themenstellungen aus und kooperiert gegebenenfalls mit Forschungseinrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung und mit Projektnehmer*innen, welche praxisrelevante Erkenntnisse aus den geförderten Projekten zur Diskussion stellen. Die Parlamentarischen Abende bieten den Abgeordneten und ihren Mitarbeiter*innen die Möglichkeit, sich mit neueren Erkenntnissen der Friedens- und Konfliktforschung vertraut zu machen und geben Denkanstöße zu politischen Handlungsbedarfen und -optionen.

„Sicherheit gestalten und Frieden mitdenken? Perspektiven auf eine Sicherheitspolitik im Umbruch“

Gemeinsam mit dem Institut für Frieden und Sicherheit der Universität Hamburg (IFSH) richtete die Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) am 2. Dezember 2025 den Parlamentarischen Abend „Sicherheit gestalten und Frieden mitdenken? Perspektiven auf eine Sicherheitspolitik im Umbruch“ in Berlin aus. Im Zentrum der Veranstaltung standen Herausforderungen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Thomas Röwekamp, MdB, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses und Schirmherr eröffnete den Abend und betonte, dass die gesellschaftliche Einbindung in die politische Debatte entscheidend sei, auch im Hinblick auf langfristige friedenspolitische Perspektiven. Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Vorstandsvorsitzender der DSF, moderierte den Abend und hob die wachsende Bedeutung der europäischen Sicherheitspolitik vor dem Hintergrund fundamentaler Unsicherheiten im transatlantischen Verhältnis hervor. Dr. Ulrich Kühn vom IFSH analysierte die Sicherheitsbeziehungen zu den USA und ihre mögliche Neuausrichtung. Dr. Jana Puglierin vom European Council of Foreign Relations (ECRF) verwies auf eine weltweit zunehmende Großmachtpolitik. Sie forderte eine stärkere europäische Zusammenarbeit und Sensibilität gegenüber den Erwartungen und Sorgen anderer europäischer Staaten. Dr. Nina Leonhard vom Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) beleuchtete gesellschaftliche Einstellungen zu Sicherheit und Verteidigung. Sie betonte die Bedeutung klarer Kommunikation sicherheitspolitischer Herausforderungen und die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz.



© DSF

Organe & Gremien



Organigramm

ORGANE DER STIFTUNG
Stiftungsrat
Vorstand
GREMIUM DER STIFTUNG
Wissenschaftlicher Beirat

Der *Stiftungsrat* der DSF ist mit 12 Mitgliedern besetzt. Er hat die Aufgabe, die grundsätzliche Ausrichtung der Stiftung sowie die Rahmenbedingungen und die Programme für die Erfüllung des Stiftungszwecks festzulegen. Er beaufsichtigt ferner die Tätigkeit des Vorstands. Der Bund ist als Stifter mit insgesamt sieben Mitgliedern aus Bundesregierung und Deutschem Bundestag im Stiftungsrat vertreten.

Der *Vorstand* übernimmt mit seinen fünf Mitgliedern sämtliche operative Geschäfte der Stiftung. Hierzu zählen auch die Entscheidungen über die Verwendung der Fördermittel und für stiftungseigene Projekte. Er vertritt die Stiftung gerichtlich und außergerichtlich.

Der *Wissenschaftliche Beirat* steht den Stiftungsorganen als Beratungsgremium zur Seite. Durch seine Zusammensetzung bildet er die fachdisziplinäre Breite der Friedens- und Konfliktforschung ab und kann daher eine breit gefächerte Expertise über unterschiedliche Forschungstrends und -ergebnisse in die Gestaltung und Umsetzung der Förderprogramme einbringen.

Die Mitglieder der Stiftungsgremien sind alle ehrenamtlich tätig.

Der Stiftungsrat

Dem Stiftungsrat der DSF gehörten Ende 2025 folgende Mitglieder an:

Dr. Jens Brandenburg, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung | Vorsitzender seit dem 06.02.2023
Prof. Dr. Heike Krieger, Freie Universität Berlin | Stellvertretende Vorsitzende seit dem 01.10.2023
Prof. Dr. Thorsten Bonacker, Philipps-Universität Marburg
Prof. Dr. Gwendolyn Sasse, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS), Berlin
Prof. Dr. Conrad Schetter, Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)
Prof. Dr. Ursula Schröder, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Katja Keul, Staatsministerin im Auswärtigen Amt
Niels Annen, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Siemtje Möller, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister der Verteidigung
Kai Gehring, Mitglied des Deutschen Bundestages
Prof. Monika Grütters, Mitglied des Deutschen Bundestages
Maja Wallstein, Mitglied des Deutschen Bundestages

Es fand keine ordentliche Sitzung des Stiftungsrates statt. Die Sitzung musste in das Folgejahr verschoben werden, da die politischen Mitglieder nicht im Jahr 2025 berufen wurden.

Der Vorstand

Der Vorstand führt die operativen Geschäfte der Stiftung. Ihm gehören fünf Mitglieder an, darunter vier Wissenschaftler*innen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen und Forschungsfeldern sowie eine Person aus einem wissenschaftsaffinen Praxisfeld. Seit Juni 2024 setzt sich der Vorstand aus folgenden Personen zusammen:

Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Universität Osnabrück | Vorsitzender
Prof. Dr. Andreas von Arnauld, Direktor, Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Prof. Dr. Birgit Bräuchler, Universität Kopenhagen
Prof. Dr. Malte Göttsche, PRIF – Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung und Technische Universität Darmstadt
Tobias Pietz, Zentrum für internationale Friedenseinsätze (ZIF) gGmbH

Der Vorstand kam zu drei ordentlichen Sitzungen am 07.07., 15.09. (beide online) und am 01.12.2025 in Berlin zusammen.

Der Wissenschaftliche Beirat

Dem Wissenschaftlichen Beirat der DSF gehörten 2025 13 Mitglieder an. Er setzt sich wie folgt zusammen:

Prof. Dr. Sabine Kurtenbach, GIGA Institut für Lateinamerika-Studien, Hamburg | Vorsitzende
Prof. Dr. Andreas Hasenclever, Eberhard-Karls-Universität Tübingen | Stellvertretender Vorsitzender
Prof. Dr. Christopher Cohrs, Philips-Universität Marburg
Prof. Dr. Priska Daphi, Universität Bielefeld
Dr. Caroline Fehl, PRIF Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt a. M.
Prof. Dr. Fabian Klose, Universität zu Köln
Prof. Dr. Teresa Koloma Beck, Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr Hamburg
Prof. Dr. Andreas Mehler, Arnold-Bergstraesser-Instituts für kulturwissenschaftliche Forschung, Freiburg
Prof. Dr. Christian Reuter, Technische Universität Darmstadt
Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas, Universität Bremen
Prof. Dr. Paulina Starski, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg
Prof. Dr. Nils B. Weidmann, Universität Konstanz
Prof. Dr. Annick Wibben, Swedish Defence University (Försvarshögskolan), Stockholm

Das Vermögen

Die DSF ist eine unabhängige Stiftung privaten Rechts, die durch die Bundesrepublik Deutschland mit einem Einrichtungskapital von 50 Mio. DM (25,56 Mio. Euro) ausgestattet wurde.

Zustiftungen und Zuwendungen

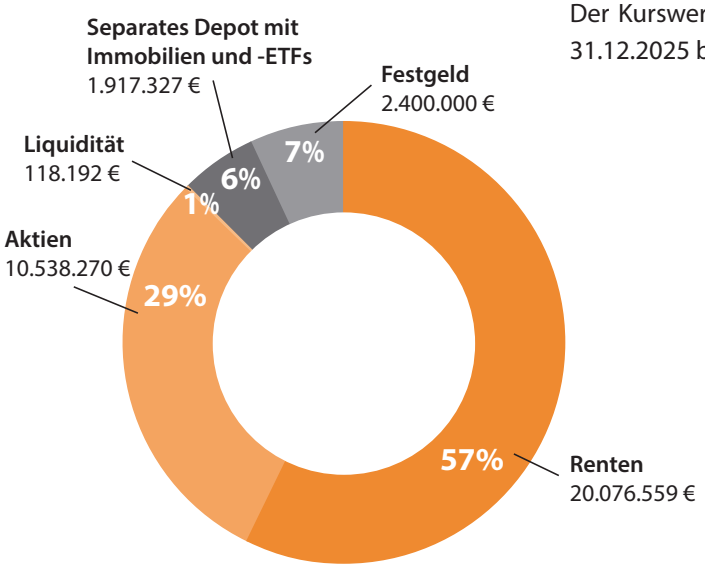
Die Stiftung erhielt auf Beschluss des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages eine Zusage für Zustiftungen zum Stiftungskapital für die Jahre 2024 bis 2029 von insgesamt 12 Mio. Euro, die über den Etat des BMFTR (vormals BMBF) an die DSF weitergeleitet werden. 2024 erhielt die DSF die erste Tranche in Höhe von 2 Millionen Euro.

Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens

Die Stiftung beauftragte zwei Banken mit der Bewirtschaftung des Stiftungsvermögens, das fast ausschließlich in Wertpapieren angelegt ist. Die Investitionen unterliegen bestimmten Regeln, die der Stiftungsrat in den „Grundsätzen für die Vermögensverwaltung“ festgelegt hat. Die zulässigen Anlageklassen sind durch eine Positivliste definiert. Zudem enthalten die Grundsätze eine Reihe konkreter Bestimmungen zum Risikomanagement sowie zu den Berichts- und Dokumentationspflichten der Vermögensbewirtschafter. Hierdurch wird den Stiftungsorganen ein umfassendes Controlling der Vermögensanlage ermöglicht. Neben den Vermögensverwaltungsmandaten unterhält die DSF ein separates Depot, in das offene Immobilienfonds und zwei Aktien-ETFs ausgelagert wurden.

Das Vermögen ist entsprechend der Positivliste in festverzinslichen Wertpapieren, Aktien und sonstigen Anlagen (Immobilienfonds) investiert. Es handelt sich bei den Wertpapieren überwiegend um Einzeltitel. Investmentfonds wie z. B. Rentenfonds und Exchange Traded Funds spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Auf festverzinsliche Wertpapiere entfällt ein Mindestanteil von 60 Prozent, Aktien und aktienähnliche Produkte können in Abhängigkeit von der Kapitalmarktlage bis zu 40 Prozent ausmachen. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten gemäß den Vorschriften des HGB. Im Jahr 2025 waren keine außerplanmäßigen Abschreibungen entsprechend § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB vorzunehmen.

Der Kurswert des Stiftungsvermögens liegt am 31.12.2025 bei 35 Mio. Euro.



Vermögen DSF zum 31.12.2025

Die Bilanz

Die Bilanzsumme zum 31. Dezember 2025 beträgt 33,8 Mio. Euro. Sie ist gegenüber dem Vorjahr um ca. 1,9 Mio. Euro oder 5,7 Prozent gestiegen. Auf der Aktivseite erhöhten sich die Finanzanlagen um 2,3 Mio. Euro. Freie Mittel und die Zustiftung aus dem Bundeshaushalt für 2025 in Höhe von 2 Mio. Euro konnten in Wertpapieren angelegt werden.

Auf der Passivseite hat sich die Bilanzsumme durch den Zuwachs des Eigenkapitals (2,47 Mio. Euro) durch die Zustiftung und den Jahresgewinn erhöht, die Verbindlichkeiten haben sich um 0,5 Mio. Euro verringert. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Einblick in den Stand der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2025.

	31.12.2025	31.12.2024
AKTIVA	**EUR**	**EUR**
A. Anlagevermögen	30.932.219,37	28.599.212,25
I. Immaterielle Vermögensgegenstände: Lizenzen	18.034,39	2.568,60
II. Sachanlagen: Betriebs- und Geschäftsausstattung	18.357,39	23.576,88
III. Finanzanlagen: Wertpapiere des Anlagevermögens	30.895.827,42	28.573.066,77
B. Umlaufvermögen	2.881.788,15	3.367.224,93
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	331.386,56	284.992,48
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.550.401,59	3.082.231,91
BILANZSUMME	**33.814.007,52**	**31.966.436,64**
Treuhandvermögen		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	262.970,21	252.278,98
	31.12.2025	31.12.2024
PASSIVA	**EUR**	**EUR**
A. Eigenkapital	31.593.186,54	29.661.402,75
I. Stiftungskapital	31.662.002,75	29.193.987,56
II. Jahresergebnis	-68.816,21	467.415,19
B. Rückstellungen	9.146,45	13.750,92
C. Verbindlichkeiten	2.211.674,53	2.291.282,97
1. Verbindlichkeiten aus Förderleistungen	2.117.925,45	2.202.374,52
2. Sonstige Verbindlichkeiten	93.749,08	88.908,45
BILANZSUMME	**33.814.007,52**	**31.966.436,64**
Treuhandverpflichtung		
Ludwig Quidde-Stiftung, Osnabrück	262.970,21	252.278,98

Tabelle 6: Bilanz 2025

Die Ertragslage

Die Zinsen und Dividenden sind im Vergleich zum Vorjahr insgesamt um ca. 86 Tsd. Euro auf 879 Tsd. Euro gestiegen. Der Verkauf von Rentenpapieren führte in diesem Jahr wie im Vorjahr zu einem kleinen Verlust (44 Tsd. Euro), so dass die ordentlichen Erträge insgesamt um 79 Tsd. Euro anstiegen.

Umschichtungen bei den Aktieninvestments steuerten auch im Jahr 2025 einen nennenswerten Gewinn bei (667 Tsd. Euro). Die Aufwendungen aus der Vermögensbewirtschaftung fielen geringer aus (-55 Tsd. Euro), da kein Wertberichtigungsbedarf bestand. Das Jahresergebnis beträgt 2025 -69 Tsd. Euro (Vorjahr 467 Tsd. Euro).

	2025	2024
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	**EUR**	**EUR**
Erträge aus Vermögensbewirtschaftung	**1.501.993,86**	**1.279.571,58**
Erträge aus Wertpapieren des Anlagevermögens	834.794,61	756.132,10
Finanzergebnis (Vermögensumschichtung)	667.199,25	523.439,48
Aufwendungen aus Vermögensbewirtschaftung	**159.684,98**	**214.952,86**
Entgelte der Dienstleister	131.994,79	120.866,11
Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	78.320,60
Steuern vom Einkommen und Ertrag	27.690,19	15.766,15
Ergebnis aus Vermögensbewirtschaftung	**1.342.308,88**	**1.064.618,72**
Aufwendungen und Erträge aus Verwaltung	**-314.137,74**	**-305.856,79**
Personalaufwendungen	276.770,80	264.693,56
Sachaufwendungen unter Berücksichtigung eigener Erträge	37.366,94	41.163,23
Jahresergebnis vor Erfüllung des Stiftungszweckes	**1.028.171,14**	**758.761,93**
Aufwendungen zur Erfüllung des Stiftungszweckes	**1.604.787,21**	**710.651,12**
Aufwendungen Projektförderung (Bewilligungen)	1.559.377,40	709.948,00
Wissenschaftliche Eigeninitiativen und Kooperationen	45.409,81	703,12
Erträge zur Erfüllung des Stiftungszweckes	**507.799,86**	**419.304,38**
Rückzahlungen Projektförderung	49.128,98	48.866,50
Förderung durch Dritte (BMBF)	442.466,87	366.192,82
Rückzahlungen Förderung durch Dritte (BMBF)	16.204,01	4.245,06
Summe Förderung netto	**-1.096.987,35**	**-291.346,74**
Jahresergebnis	**-68.816,21**	**467.415,19**

Tabelle 7: Gewinn- und Verlustrechnung 2025

Bestätigungsvermerk

Der Vorstand stellt den Jahresabschluss auf, der Stiftungsrat bestätigt diesen und entlastet den Vorstand. Nach § 14 (4) der Satzung ist der Abschluss durch einen Wirtschaftsprüfer zu prüfen.

Für die Jahresrechnung 2025 ist durch den Wirtschaftsprüfer Reinolf Schwandt, Osnabrück, ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt worden. Der Wirtschaftsprüfer kommt hierin zu den folgenden Prüfungsurteilen:

Prüfungsurteil

„Ich habe den Jahresabschluss der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF), Osnabrück - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2025 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden - geprüft.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Stiftung zum 31. Dezember 2025 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2025.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses geführt hat.“

(Aus dem Bestätigungsvermerk vom 30. April 2026 zitieren wir den Abschnitt Prüfungsurteil.)

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung mit Sitz in Osnabrück ist unter der Stiftungsnummer 16 (034) in das öffentliche Stiftungsverzeichnis des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems (Stand: 23.11.2023) als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts eingetragen.

Die DSF ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen.

Die Geschäftsstelle

Die Deutsche Stiftung Friedensforschung hat ihren Sitz in der Friedensstadt Osnabrück. Das Büro der Geschäftsstelle befindet sich im historischen Steinwerk Ledenhof. Das Team der Geschäftsstelle besteht aus drei Mitarbeiter*innen.

Dr. Thomas Held | Geschäftsführer
Petra Menke | Buchhaltung/Controlling Vermögensverwaltung/Office Management
Franziska Kassing | Kommunikationsmanagement und Office Management

Das Personaltableau der Geschäftsstelle umfasst in 2025 drei Vollzeitstellen ab Mai 2025, bis zum 14.05.2025 war die Stelle „Kommunikation" unbesetzt, fehlende Arbeitskraft wurde über eine vorübergehende Aufstockung der anderen Stelle teilweise ausgeglichen.

2025	
Anzahl Mitarbeiter*innen	**3**

Die Ludwig-Quidde-Stiftung

Die Satzung ermöglicht der DSF, rechtlich selbstständige und unselbstständige Stiftungen in ihre Verwaltung zu übernehmen. Seit September 2011 befindet sich die Ludwig-Quidde-Stiftung in der Verwaltung der DSF. Das Stiftungsvermögen wird als Sondervermögen geführt. Für die laufenden Geschäfte berief der Stiftungsrat einen eigenen Vorstand. Die Hauptaufgabe der Stiftung besteht in der Verleihung



Ludwig Quidde

des mit 5.000 Euro dotierten Ludwig-Quidde-Preises. Mit dem Wissenschaftspreis soll eine Persönlichkeit für herausragende Forschungsleistungen im Sinne eines wissenschaftlichen Gesamtwerkes oder eines wegweisenden Forschungsansatzes im Feld der Friedens- und Konfliktforschung ausgezeichnet werden. Mehr Informationen zur Ludwig-Quidde-Stiftung finden sich im Jahresbericht 2025.

© 2026 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: KROOG Printservice GmbH und DSF
Alle Rechte vorbehalten.
Printed in Germany 2026
ISSN 2193-7923

Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF)
Am Ledenhof 3-5
49074 Osnabrück
+49 541 60035-42
www.bundesstiftung-friedensforschung.de
info@bundesstiftung-friedensforschung.de